



# Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

## PROTOKOLL

Sitzung Nr. 3  
Dienstag, 3. März 2009  
18:06 - 20:49 Uhr  
Grossratssaal der Rathauslaube  
Genehmigt am: 18.03.09 (Zirkulationsweg)

---

Vorsitz:	Christa Flückiger	SP
Protokoll:	Gabriele Behring-Hirt	
Stimmzähler:	Martin Egger Beat Steinacher	FDP SP
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsidentin und 32 Mitglieder	
Entschuldigt:		
Anfang der Sitzung:	Marianne Schwyn	SP
Schluss der Sitzung:	Martin Roost	(OeBS, parteilos)
Ganze Sitzung:	Christoph Lenz Rainer Schmidig Urs Tanner	AL EVP SP

---

## TRAKTANDEN

1	<b>Ersatzwahl eines Mitgliedes in die Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit</b>	<b>Seite 51</b>
2	<b>Postulat Peter Neukomm (SP): Sozial- und ökologisch nachhaltiges Beschaffungswesen</b>	<b>Seite 51</b>
3	<b>Motion Marianne Schwyn (SP): Mobilitätsberatung für Unternehmen und Private</b>	<b>Seite 64</b>
4	<b>Postulat Simon Stocker (AL): Kulturpolitik mit Konzept</b>	<b>Seite 73</b>

**PENDENTE GESCHÄFTE**

<b>EINGANG</b>	<b>TITEL DES GESCHÄFTES</b>	
18.09.07	<b>VdSR</b> Gestaltung Freier Platz	FK
14.01.08	<b>VdSR</b> Schulraumplanung 2008-2017	SPK
12./18.03.08	<b>VdSR</b> Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen – Strukturreform Stadtschulrat	FK
29.07.08	<b>VdSR</b> Verkauf und Abgabe im Baurecht von Teilflächen der städtischen Grundstücke GB Nr. 167, 796, 2800, 2801, 3453 und 4270 an der „Bachstrasse“ und „Munothalde“	SPK
16.09.08	<b>VdSR</b> Erhalt und Ausbau des Trolleybusnetzes	SPK
17.10.08	<b>Motion</b> Roland Schöttle (parteilos): Rollen statt Rütteln	
21.10.08	<b>VdSR</b> Städtische Werke Schaffhausen (StWS), Verordnung über die Abgabe von Wasser 2009 (VW 09), Rahmentarifordnung Wasser 2009 (RTOW 09)	GPK
21.10.08	<b>VdSR</b> Verordnung über die Siedlungsentwässerung (VOS), Verordnung über die Gebühren für Siedlungsentwässerungsanlagen (VOGS) sowie Tarifordnung für die Siedlungsentwässerung	GPK
21.10.08	<b>VdSR</b> Parkleitsystem	FK
11.11.08	<b>Motion</b> Urs Tanner (SP): Ausstieg der Stadt Schaffhausen aus der Atomenergie bis 2040	
11.11.08	<b>Postulat</b> Peter Möller (SP): Schwimmunterricht an den Stadt Schaffhauser Schulen	
22.11.08	<b>Postulat</b> Christoph Lenz (AL): Vereine, die Jugendarbeit leisten, stärken	
02.12.08	<b>VdSR</b> Einführung integraler Tarifverbund und Beschaffung eines neuen Billettausgabesystems der Verkehrsbetriebe Schaffhausen (VBSH)	FK
02.12.08	<b>VdSR</b> Tariferleichterung im integralen Tarifverbund- Neuordnung der Finanzierung der VBSH	FK
09.12.08	<b>VdSR</b> Vorgezogene Beschaffung eines Gelenkbusses	FK
16.12.08	<b>VdSR</b> Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhausen	FK

**2009 Kleine Anfragen:**

1	Dr. Raphaël Rohner (FDP)	Impulsprogramm zur Belebung der Wirtschaft	12.02.09
---	-----------------------------	---	----------

## **BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE**

---

### **Traktandum 1      Ersatzwahl eines Mitglieds in die Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit**

---

Die vom Stadtrat in seiner Sitzung vom 10.02.09 als Ersatz für den zurückgetretenen Wilhelm Hefti (SP) gewählte Marianne Schwyn (SP) tritt ihr Amt als Grossstadträtin an. Sie wird auf Vorschlag der SP/AL-Fraktion in stiller Wahl als Ersatz für Wilhelm Hefti (SP) in die Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit gewählt.

### **Traktandum 2      Postulat Peter Neukomm (SP): Sozial- und ökologisch nachhaltiges Beschaffungswesen**

---

Das Postulat wird vom Postulant Andres Bächtold (SP) begründet, von SR Peter Käppler beantwortet und im Rat diskutiert. Der Postulant zieht das Postulat zurück und wandelt es in eine Interpellation um.

### **Traktandum 3      Motion Marianne Schwyn (SP): Mobilitätsberatung für Unternehmen und Private**

---

Die Motion wird von der Motionärin Marianne Schwyn (SP) begründet, von SR Peter Käppler beantwortet und im Rat diskutiert. Die Motionärin zieht die Motion zurück und wandelt sie in ein Postulat um.

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat mit 17 : 13 Stimmen nicht erheblich.

### **Traktandum 4      Postulat Simon Stocker (SP): Kulturpolitik mit Konzept**

---

Das Postulat wird vom Postulant Simon Stocker (SP) begründet, von Stadtpräsident Thomas Feurer beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat mit 15 : 14 Stimmen nicht erheblich.

## **BEGRÜSSUNG**

Die **Ratspräsidentin, Christa Flückiger (SP)**, eröffnet die dritte Sitzung des Jahres 2009 mit der Begrüssung des Herrn Stadtpräsidenten Thomas Feurer, der Frau Stadträtin Jeanette Storrer und der Herren Stadträte Urs Hunziker, Peter Kämpfer und Peter Neukomm, der Ratsmitglieder und der Medienberichterstatte.

### **Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:**

- Neues Mitgliederverzeichnis sowie aktualisierte Sitzordnung GrSR
- Einladung des Stadtpräsidenten zum Internationalen Bachfest für ein beliebiges Festkonzert mit Begleitung
- Beantwortung Kleine Anfrage Nr. 16/2008 vom 21.10.08, Dr. Raphaël Rohner: Vergabepaxis der Stadt Schaffhausen bei öffentlichen Bauten, vom 16.02.09

### **Mitteilungen der Ratspräsidentin:**

„Freud und Leid liegen bekanntlich nahe beieinander. Während Freude für jeden Menschen eine Bereicherung darstellt, werden Leid und Trauer zu einer schweren Belastung im Leben eines Menschen. Menschen, die uns lieb geworden sind, Menschen, die uns lange Zeit begleitet haben, Menschen, die uns aufgezeigt und gelernt haben, mit Dingen so, wie sie kommen, umzugehen, Menschen, die uns geschätzt und vertraut haben, wenn solch wertvolle Personen uns für immer verlassen, schmerzt dies besonders. Sie haben gemerkt, von wem ich spreche. Am vergangenen Sonntag vor zwei Wochen verstarb Albert Tanner im jungen Alter von nicht einmal 60 Jahren. Vielen von uns war er als hoch qualifizierter und kompetenter Partner in den verschiedensten Spezialkommissionen - insbesondere aber in der GPK - über Jahre hinweg ein verständnisvoller und wertvoller Begleiter. Er hinterlässt nicht nur in seiner Familie, bei seinen Freunden und Kollegen eine grosse Lücke, sondern auch die Stadt Schaffhausen wird ihn noch lange vermissen und in dankbarer Erinnerung wohl nie vergessen. Aus diesem Grund möchte ich Sie bitten, sich zu Ehren von Albert Tanner für eine Gedenkminute zu erheben.“

### **Weitere Mitteilungen:**

Die Budgetberatung 2010 (Doppelsitzung) wird am Dienstag, 8. Dezember 09 (anstatt am 24.11.09) stattfinden; ich bitte Sie, dies in Ihrer Agenda zu korrigieren.

### **Traktandenliste:**

Sie haben sicher festgestellt, dass die Traktandenliste in einer anderen Form wie bisher gestaltet wurde. Das Büro war der Meinung, persönliche Vorstösse, deren Antworten vom Stadtrat noch nicht bereit sind, nach hinten zu versetzen; dies einerseits zur Orientierung des Rates, andererseits aber auch als Leitplanke für die Rednerinnen und Redner. Dieses Vorgehen wurde nicht von allen Fraktionen gut geheissen. Das Büro ist flexibel und die Traktandenliste wird in Zukunft wieder gemäss altem Muster aussehen.

Weder aus der GPK, noch aus den verschiedenen Fach- und Spezialkommissionen wurden Geschäfte verhandlungsbereit gemeldet. “

## **PROTOKOLL**

Das Protokoll der Ratssitzung Nr. 2 vom 17. Februar 2009 wurde vom Büro geprüft und genehmigt und liegt wie üblich auf dem Kanzleisch der Ratssekretärin zur Einsichtnahme auf. Sofern keine Änderungsanträge ans Büro gestellt werden, gilt

das Protokoll als definitiv genehmigt.

### **TRAKTANDENLISTE**

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

---

#### **Traktandum 1      Ersatzwahl eines Mitgliedes in die Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit**

---

Simon Stocker (AL) schlägt im Namen der SP/AL-Fraktion Marianne Schwyn (SP) als Ersatz des zurückgetretenen Wilhelm Hefti (SP) vor.

Es erfolgen keine weiteren Vorschläge.

Der Grosse Stadtrat wählt in einer stillen Wahl Marianne Schwyn (SP) als Ersatzmitglied in die Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit.

#### **Traktandum 2      Postulat Peter Neukomm (SP): Sozial- und ökologisch nachhaltiges Beschaffungswesen**

---

##### **Andres Bächtold (SP)**

##### **Begründung**

„Das vorliegende Postulat von Peter Neukomm ist bereits so gut begründet, dass es kaum mehr weiterer Ausführungen bedarf. Gleichzeitig ist mit der Wahl des Postulanten in den Stadtrat sichergestellt, dass sein wichtiges Anliegen – eine Daueraufgabe für jede Behörde – so oder so nicht vergessen wird. Das Postulat hat den Weg via Hanna Meister, welche leider diesem Rat nicht mehr angehört, zu mir gefunden. Sie hatte aber bereits letztes Jahr ein Votum vorbereitet, welches ich mit einigen Modifikationen und Ergänzungen vorlesen werde:

Erinnern Sie sich noch an die Euro 08, die im vergangenen Sommer in Europa die Fussballbegeisterten beschäftigt hat? In ganz Europa und weltweit wurde und wird nach den gleichen fairen Regeln gespielt. Faires Verhalten schätzen wir aber auch als Arbeitnehmende, MieterInnen, Geschäftspartner, als Verkehrsteilnehmende und in Beziehungen.

Was heisst *fair* eigentlich? Im Wörterbuch finde ich als Übersetzung *unbescholten, ehrlich, redlich, gerecht, anständig und unparteiisch*; lauter Eigenschaften, die wir ohne lange nachzudenken als positiv einstufen.

Wir wohnen in einem hoch entwickelten Land, das seit Längerem eine Gleichstellung zwischen Mann und Frau kennt, ein Land, dessen Gesetzgebung die Sklaverei und Ausbeutung verbietet. Darauf dürfen wir stolz sein.

Nur sind wir nicht allein auf der Welt. Vielfältige wirtschaftliche Beziehungen verbinden uns mit andern Ländern, hoch entwickelten und sogenannten

Bananenrepubliken. Nicht überall ist es möglich, in einem demokratischen System Entscheidungen zu fällen. Wir alle haben schon von Kinderarbeit gehört, Ausbeutung und unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen. Es gibt jedoch Institutionen, die sich für faire, das heisst für Mensch und Natur verträgliche Bedingungen einsetzen. Die bekannteste Bezeichnung in diesem Sektor dürfte Max Havelaar sein. Für einen kleinen Aufpreis erhält man ein gutes Gewissen. Ist das nicht eine wunderbare Einrichtung?

Und nun haben wir die Gelegenheit, wiederum für einen kleinen Aufpreis, menschen- und umweltverträgliche Güter des städtischen Bedarfs zu beschaffen, seien dies Arbeitskleider, Steine, Computer, Südfrüchte, Tee oder Kaffee. Das Volumen der international ausgeschriebenen Aufträge der öffentlichen Verwaltungen hat sich in den letzten 15 Jahren weltweit verzehnfacht und ist von 30 Milliarden US-Dollar auf über 300 Milliarden US-Dollar angestiegen. Das Beschaffungswesen hat sich liberalisiert und globalisiert und zwar bis auf die Gemeindeebene.

Bund, Kantone und Gemeinden sind über die öffentliche Beschaffung wichtige Marktteilnehmer geworden. Sie üben eine erhebliche Marktmacht aus und können eine Vorbildrolle für sozial und ökologisch nachhaltiges Marktverhalten übernehmen. Ins Gewicht fällt vor allem das Argument, dass unser Schweizerisches und speziell das Schaffhauserische Gewerbe unter verzerrten Wettbewerbsbedingungen zu leiden hat, wenn aus dem Ausland Artikel Vorrang haben, die weniger kosten, weil sie unter ausbeuterischen Bedingungen produziert wurden. Wir jedoch fordern Wettbewerb über Qualität statt Dumping. Die konsequente Umsetzung des Postulates würde eine nicht unerhebliche Wirtschaftsförderung für unseren Kanton bedeuten. Eine einfache 9-Punkte Checkliste und eine Erklärung als Selbstdeklaration für Leistungsanbieter ist in einem Leitfaden zu den ILO-Kern-Abkommen enthalten, des Weiteren sind Non-Governmental Organizations bei der Umsetzung, insbesondere auch beim Controlling, behilflich.

Die Nachfrage hat einen Einfluss auf die Arbeits-, Produktions- und Lebensbedingungen der Menschen in den Entwicklungsländern. Können wir es uns leisten, Produkte zu importieren, die dank Kinder- und Zwangsarbeit billig produziert wurden? Es geht doch schliesslich auch darum, unser wirtschaftliches Verhalten ethisch zu orientieren. Gerade die Bankenkrise hat deutlich gemacht, dass ethische Verantwortung im wirtschaftlichen Verhalten unabdingbar ist, und das betrifft auch das Beschaffungswesen.

Die Einsicht und der gute Wille allein genügen nicht. Dass sich die Stadt um ökologische, nachhaltige und faire Beschaffung von Gütern aller Art im vorgehend ausgeführten Sinn bemüht, ist unbestritten. Es gibt ökologische Richtlinien und entsprechende Passagen in Ausschreibungen; schliesslich beschäftigen wir ja auch seit Jahren einen Stadtökologen, welcher sich nicht mit der Rolle des Deckmäntelchens für das schlechte Gewissen begnügen würde.

Die Kontrolle der Herkunft der Güter, also die Verfolgung der Produktionswege auch von Halbfabrikaten, ist für den einzelnen Beschaffer unmöglich. Man ist da einerseits auf Erfahrungsaustausch – beispielsweise durch Mitgliedschaft in der *Interessensgemeinschaft ökologische Beschaffung* (IGöB), da ist die Stadt Mitglied und mit Urs Capaul sogar im Vorstand vertreten, in der *eco-bau*, da ist die Stadt noch nicht Mitglied – andererseits aber auf zuverlässige und unabhängig kontrollierte Labels und Zertifikate angewiesen.

Die Auflagen in den Ausschreibungen genügen bei Weitem nicht, die Lieferanten und Anbieter sind da meist hoffnungslos überfordert und brauchen Hilfestellung. Der Bezug von regionalen Gütern, respektive die Berücksichtigung von regionalen Anbietern hat natürlich viele Vorteile, bietet alleine aber ebenfalls keine vollständige Gewähr für eine im vorgehend geschilderten Sinne vorbildliche Beschaffung.

Die lokale Näherin weiss vielleicht, wie der Stoff produziert wurde, sie selber wird ebenfalls unter fairen Bedingungen arbeiten. Aber weiss sie auch, woher der Druckknopf und die Nähnadel kommen? Der Schreiner wird wissen, wo er die Tannenleiste bezogen hat: Vermutlich aus FSC-zertifiziertem Schaffhauser Wald. Woher aber die Holzspäne in seinen Werkstoffen, welche er in viel grösseren Mengen verarbeitet, stammen, wird er kaum eine Ahnung haben. Die Materie ist also komplex, zur Erreichung des vermutlich im Grundsatz unbestrittenen Anliegens der fairen Beschaffung ist Hartnäckigkeit, dauernde Motivation und schliesslich auch Kontrolle nötig, und dies setzt laufende Schulung der mit Beschaffung und Ausschreibung befassten Mitarbeitenden voraus, aber auch deshalb, weil nur schon den Durchblick im Dschungel der unzähligen Labels zu behalten eine für den Einzelnen fast unlösbare Herausforderung darstellt. Hier muss angesetzt werden, im günstigsten Fall natürlich zusammen mit dem Kanton, welcher ein ähnliches Postulat zwar im vergangenen Dezember abgelehnt, sich für die Anliegen aber durchaus einsichtig und zugänglich gezeigt hat. Eine engere Zusammenarbeit und der Erfahrungsaustausch mit andern Gemeinden wäre sowieso sinnvoll.

Wir können heute ein Zeichen setzen, indem wir, wie die Parlamente der Gemeinden Uster, Arbon, Illnau-Effretikon, Wädenswil, St. Gallen, Zug und Zürich einem menschen- und umweltverträglichen und damit fairen Beschaffungswesen zustimmen. Auch die Gemeinden Rheinau, Laufen-Uhwiesen, Trüllikon, Marthalen und Dachsen sind gewillt, nur noch Waren einzukaufen, welche unter fairen Bedingungen hergestellt werden.

Dachsen wurde dafür heute vor einer Woche durch den Präsidenten des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks, Hans-Jürg Fehr, mit dem *fairen Stein* ausgezeichnet, welcher im Rahmen der Kampagne "Keine Ausbeutung mit unseren Steuergeldern" verliehen wird. Ein solcher *fairer Stein* würde doch gut zum Label Energiestadt Gold und zum Zertifikat für das erste, vollständig FSC-zertifizierte Gebäude in der Schweiz passen und zudem für positive Schlagzeilen sorgen. Das sollten wir uns nicht entgehen lassen, stimmen Sie dem Postulat zu. "

### **SR Peter Kämpfer**

### **Stellungnahme**

"Der ehemalige Grossstadtrat Peter Neukomm schlägt gemäss Postulatstext vor, dass die städtische Verwaltung und die städtischen Betriebe bei der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen faire und ökologische Produktionsbedingungen einhalten. Der Stadtrat kann dem Anliegen des Postulats durchaus sehr Positives abgewinnen, zumal das Postulat offene Türen einrennt. Namens des Stadtrates benutze ich gerne die Gelegenheit die Sicht des Stadtrates zu erläutern.

### **Ausgangslage:**

Die Stadt Schaffhausen ist seit der Gründung des Vereins *Interessensgemeinschaft ökologische Beschaffung (IGöB)* im Jahr 1997 Mitglied und zudem mit dem Stadtökologen im Vorstand des Vereins vertreten. Die Beschaffungsempfehlungen der IGöB wurden unter anderem am 13.11.2003 den Abteilungsleitern anlässlich eines Seminars vorgestellt und auch die Broschüre "Öffentliche Beschaffung –

Leitfaden für eine nachhaltige Beschaffung“ abgegeben. In diesem Leitfaden sind die Beschaffungskriterien aus Sicht der nachhaltigen Entwicklung mit drei Schwerpunkten dargestellt:

1. Ökologische Ziele: Stoff- und Energieflüsse, wie auch schädliche Emissionen in die Umwelt sind zu reduzieren.
2. Ökonomische Ziele: Die Kosten sind primär volkswirtschaftlich zu beurteilen, die wirtschaftliche Effizienz ist zu steigern und Folgekosten in andern Bereichen sind zu vermeiden.
3. Soziale Ziele: Die Solidarität zwischen den Generationen (zum Beispiel bei der Lehrlingsausbildung), Ländern (Nord-Süd-Dialog) und den Geschlechtern (Gleichstellung der Frau) sind bei der Beschaffung zu beachten. Produkte mit Kinderarbeit sollen verboten werden. Die Sozialabgaben (AHV, Pensionskassen) sowie sämtliche Steuern sollen bezahlt sein.

Zu den ökologischen Zielen:

Hier hat die Stadt schon viel realisiert. Bereits im Jahr 1996 verabschiedete der Stadtrat die Bauökologischen Richtlinien, welche für sämtliche Bauten und Anlagen der Stadt gelten. Ebenso für Baurechte. Darin ist beispielsweise auch festgehalten, dass, wenn immer möglich, Recyclingmaterial (beispielsweise Betonkies, Asphaltgranulat), FSC-Holz und Materialien mit dem Label *natureplus* zu verwenden seien und seit der Einführung des MINERGIE-Standards gilt, dass die städtischen Neubauten und Sanierungen sich an jenen Energievorgaben ausrichten haben. Der Stadtrat verfolgt diese Vorgaben konsequent, und darum ist es auch nicht verwunderlich, dass das erste FSC-zertifizierte Gebäude der Schweiz in Schaffhausen steht, nämlich der Kindergarten Hauenal.

Schaffhausen berücksichtigt weitere Labels wie *natureplus* und *eco-bau*. *Natureplus* ist der Internationale Verein für zukunftsfähiges Bauen und Wohnen mit Mitgliedern in vielen europäischen Ländern und somit das internationale Qualitätszeichen für nachhaltige Bauprodukte, geprüft auf Gesundheit, Umwelt und Funktion. Das Zeichen soll in erster Linie Verbrauchern, aber auch Architekten, Handwerkern, Baufirmen und allen am Bau Beteiligten eine sichere Orientierung auf nachhaltige, das heisst umweltverträgliche und gesundheitlich unbedenkliche Produkte bieten.

*eco-bau* ist ein Zusammenschluss von verschiedenen kantonalen und städtischen Hochbauämtern sowie von Bundesämtern und dem liechtensteinischen Hochbauamt. Andres Bächtold hat darauf hingewiesen, dass die Stadt nicht Mitglied ist; aber wir können trotzdem sehr wohl von den Informationen von *eco-bau* profitieren, und dies nutzen wir auch. Auf der Internetseite von *eco-bau* werden verschiedene Hilfsmittel für eine nachhaltige Beschaffung angeboten, zum Beispiel für die Nachhaltigkeitsbeurteilung in Architekturwettbewerben, Merkblätter mit Grundsätzen und Empfehlungen für Materialentscheide, die bei Detailstudien des Bauprojektes und in der Ausschreibung zu treffen sind, sowie der *eco-devis* zur Erkennung von ökologisch interessanten Materialien und Leistungen gemäss Normpositionenkatalog (NPK).

Für die Hauswarte wurden in der Stadt Schaffhausen mehrfach Weiterbildungsveranstaltungen durchgeführt, so zum Beispiel zur Mikrofasertechnologie, um den Gebrauch an Reinigungsmitteln zu reduzieren. Auch im Bürobereich sind klare Richtlinien vorhanden: Beim Papiereinsatz gilt der Grundsatz, primär Recyclingpapiere zu verwenden und folglich auch zu beschaffen (städtische Papierrichtlinie). Heute wird in der Stadt rund 75% auf Recyclingpapier



kopiert oder gedruckt.

Bei der Beschaffung von grossmotorigen Dieselfahrzeugen gelten die EURO-5-Normen samt Partikelfilter, und zwar seit diese Technik auf dem Markt erhältlich ist, also lange bevor die Norm in der EU verbindlich wurde; sie wurde in der EU per Mitte 2008 in Kraft gesetzt. Zusammen mit dem Kanton und der KSD wurden auch Kriterien zur Beschaffung von IT-Produkten definiert.

Die Städtischen Werke besitzen zudem mit dem ISO-14'001-Label (Umweltmanagement) ein zukunftsweisendes Konzept, damit die ökologischen Belange frühzeitig erkannt und einbezogen werden. Die genannte ISO-Norm verlangt unter anderem, dass mögliche Lieferanten in Bezug auf ihren Umweltstandard und Einhaltung der Umweltgesetzgebung zu beurteilen sind. Konkret heisst das nichts anderes, dass nicht nur das Produkt, sondern ebenso die Herstellung des Produkts zu beachten ist.

Es gibt viele Schriften, auf welche sich die Beschaffung abstützen kann, wie etwa die gemeinsame Publikation von Berner Wirtschaft und Kanton Bern zur ökologischen Beschaffung von Fahrzeugen. Die darin aufgeführten umfassenden Kriterien betreffen Personenwagen und kleine Lieferwagen. Diese Beschaffungsrichtlinie zeigt etwa auf, dass zuerst die Mobilitätsbedürfnisse zu betrachten und zu definieren sind. Kann die Mobilität auch mit dem öffentlichen Verkehr oder allenfalls mit Car sharing abgedeckt werden?

Weiteres Handlungspotenzial im Bereich der ökologischen Beschaffung:

Es gibt Bereiche, wo noch vermehrt ökologische Produkte verwendet werden könnten, etwa indem konsequent ECO-Textilien (zum Beispiel bei Uniformen, Textilservietten) beschafft oder ausschliesslich biologische Nahrungsmittel eingesetzt würden. Bei den Nahrungsmitteln sollen aber, wo immer möglich, auch regionale und saisongerechte Frischprodukte verwendet werden, die mangels ausreichenden Angebots noch nicht ausschliesslich durch Bioprodukte gedeckt werden können. Dies sei auch mit einem Seitenblick auf die Motion Energie- und Klimaschutzkonzept von Peter Neukomm erwähnt. Wenn eine 2000-Watt-Gesellschaft eingeführt werden soll, kann dies nur durch eine massive Reduktion der Transportdistanzen erfolgen oder mit anderen Worten: Die Wirtschaft und Güterversorgung soll wieder vermehrt in der Region stattfinden. Doch dazu muss diese Wirtschaft überhaupt vorhanden sein, und dies kann unter Umständen aus ökologischer Sicht auf den Verzicht von Bioprodukten führen, wenn aus der Region andere Produkte besser beschafft werden können.

Viele der bisher eingeleiteten Massnahmen müssen zudem immer wieder geschult werden, denn mit einem Personalwechsel geht auch immer wieder Know how verloren. Es ist deshalb im kommenden Jahr 2009 eine Mitarbeiterschulung für das nachhaltige öffentliche Beschaffungswesen eingeplant.

Zu den soziale Zielen:

Eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Beschaffung muss sich auch mit gesellschaftlichen Aspekten befassen. Thematisiert werden diese Fragen beispielsweise in den Auseinandersetzungen um die Vergütung von fairen Preisen für Produkte aus der Dritten Welt und aus Schwellenländern, um Kinderarbeit, um Lohngerechtigkeit zwischen den Geschlechtern, um Ausbildungsplätze für Lehrlinge oder um die Entrichtung von Abgaben wie AHV oder Pensionskasse.

Analog zum Umweltmanagement-System ISO 14'001 wurde deshalb auch der Sozialstandard (Social Accountability SA 8000) geschaffen. Fairer Handel heisst, Bedingungen für ein menschenwürdiges Leben zu schaffen. Die Erzeuger von Alltagsprodukten wie Kaffee, Tee, Orangensaft, Bananen oder Textilien sollen ein angemessenes Einkommen erhalten, das ihre Lebensgrundlage sichert. Die Produzenten sollen genug verdienen, um auch in Bildung, medizinische Versorgung oder Altersvorsorge investieren zu können. Der faire Handel ist keine Verteilung von Almosen, sondern ein Gerechtigkeitsgebot gemäss den Kriterien der nachhaltigen Entwicklung. Er funktioniert nach dem Prinzip „Hilfe durch Handel“.

Da es den Schaffhauser EinkäuferInnen wohl kaum zugemutet werden kann, vor Ort Produkte- und Produktionsverfahren sowie die Einhaltung minimaler Sozialstandards zu überprüfen, wird hier meist mit einem Label gearbeitet; bekannt ist etwa das Max Havelaar-Label. Weitere Label sind zum Beispiel STEP für die Herstellung und den fairen Handel mit Teppichen sowie ECO-Label für Textilien. Labels sind einfach in der Anwendung und Kommunikation, und es gibt sie für verschiedenste Produktgruppen. Sie sind für die Stadt wichtig, weil sie die ökologische und soziale Nachhaltigkeit für uns erleichtern.

Bei städtischen Ausschreibungen gelangen je nach Produkt und Ausschreibung Kriterien wie Lohngerechtigkeit, Lehrlingsausbildung, Verbot von Kinderarbeit, fairer Handel sowie ausstehende Sozialabgaben zur Anwendung. Dabei handelt es sich meist um nicht direkt überprüfbare Eignungskriterien, deren Nichteinhaltung zum Ausschluss vom Verfahren führt. Zum Beispiel das Eignungskriterium Kinderarbeit: Dieses ist nur dort aus der Schweiz überprüfbar, wenn entweder ein unabhängiges Label die Kinderarbeit ausschliesst, beziehungsweise wenn durch Meldungen von Entwicklungshilfeorganisationen auf Missbräuche hingewiesen wird. Der Anbieter bestätigt mit Unterschrift, dass seine Produkte nicht mit Kinderarbeit hergestellt werden. In den städtischen Ausschreibungen wird dieses Eignungskriterium noch nicht konsequent aufgeführt – bei Planerausschreibungen ist es meist auch kein Thema. Doch der Stadtrat will in Zukunft bei allen Materialbeschaffungen die Bestätigung, dass Kinderarbeit ausgeschlossen werden muss. Die Offertsteller bezeugen mit ihrer Unterschrift die Einhaltung der aufgeführten Eignungskriterien. Nur nebenbei: Chinesische Pflastersteine sind schon aus energetischen Gründen ein völliger Unsinn. Der Stadtrat setzt deshalb konsequent auf einheimische Steine, auch wenn sie etwas teurer sind.

Grundsätzlich setzt der Stadtrat in seinen Ausschreibungen auch das Kriterium der Lehrlingsausbildung ein. Bei der Lehrlingsausbildung handelt es sich aber um ein in den Staatsverträgen nicht erfassten Bereich. Es kann deshalb als Zuschlagskriterium zugelassen werden. Gemäss Rechtssprechung darf diesem Kriterium aber nur eine untergeordnete Bedeutung zugemessen werden, empfohlen wird ein maximaler Wert von 10%, wir nehmen in der Regel 5%.

Zum Verfahren der Ausschreibung:

Bei der Auftragsvergabe ist das wirtschaftlich günstigste Angebot zu berücksichtigen. Das heisst nicht, dass einzig der Preis zu beurteilen sei, denn billiger ist nicht immer günstiger, wie langjährige Erfahrungen belegen. Vielmehr ist die eingekaufte Ware oder Dienstleistung anhand von konkreten Eignungs- und Zuschlagskriterien zu ermitteln. Die Beurteilung kann auch die Qualität (zum Beispiel Lebensdauer, Umweltverträglichkeit, Reparierfähigkeit) und die Rohstoff- und Herstellungsart berücksichtigen. Diese Kriterien müssen bereits bei der Ausschreibung bekannt gegeben werden und dürfen im Laufe des Verfahrens nicht geändert werden. Die

Kriterien dürfen sich nicht diskriminierend auswirken, etwa die einheimischen Anbieter bewusst vorziehen. Demzufolge entfallen auch alle sachfremden Bedingungen, die mit der Auftragserfüllung nichts zu tun haben. Aus Transparenzgründen sind die Zuschlagskriterien zwingend in der Reihenfolge ihrer Bedeutung, beziehungsweise Gewichtung aufzuführen. Die Vergabebehörde erhält sowohl bei der Auswahl als auch bei der Gewichtung der Zuschlagskriterien einen weiten Ermessensspielraum. Gemäss neuerer Rechtsprechung muss dem Zuschlagskriterium Preis in der Regel eine vorrangige Bedeutung zukommen. Wobei dem Preis ein umso höheres Gewicht zuzuerkennen ist, je standardisierter und einfacher das Produkt ist. Als Richtschnur gilt gemäss Rechtsprechung, dass bei einfacheren Aufgaben das Gewicht des Preises in der Regel nicht weniger als 50% betragen sollte. Umgekehrt darf bei hochkomplexen Aufträgen der Preis auch eine untergeordnete Rolle spielen.

In der Weisung des Stadtrates betreffend Submissionswesen nach Aufhebung der städtischen Submissionverordnung vom 25.02.05 wurde für die Gewichtung des Zuschlagskriteriums Preis Folgendes vorgegeben:

- Bei Standardprodukten hat der Preis 60% bis 80% der maximal zu erreichenden Gesamtpunktzahl auszumachen.
- Bei individuellen Produkten hat der Preis 30% bis 50% der maximal zu erreichenden Gesamtpunktzahl auszumachen.

Der Stadtrat wird diese Weisung dahingehend überarbeiten, um eine bessere Berücksichtigung der ökologischen und sozialen Kriterien bei Standardprodukten mittels einer tieferen Preisgewichtung (beispielsweise 50%, anstatt nur 60-80%) zu ermöglichen, sofern dies vom Gesetz zugelassen wird.

In der Regel werden bei sozial und ökologisch orientierten Produktausreibungen Standardprodukte verlangt, explizit müssen lediglich Abweichungen bewertet werden. Wenn Bananen aus fairem Handel ausgeschrieben werden, müssen nicht Alternativprodukte wie zum Beispiel Zwetschgen beurteilt werden. Konkret: Über die genaue Definition des Produktes (*Was wollen wir?*) können im Wesentlichen die ökologischen und sozialen Ziele der nachhaltigen Entwicklung umgesetzt werden. Solche Kriterien sind meist Eignungs- und daher mögliche Ausschlusskriterien. In der Ausschreibung für ein Produkt darf zwar nicht ein bestimmtes Öko- oder Sozial-Label verlangt werden. Hingegen ist die Vorgabe erlaubt, das Produkt habe die Kriterien eines bestimmten Öko-Labels zu erfüllen – ein aus rechtlicher Sicht nicht ganz unerheblicher Unterschied und führt zum Ziel der sozial und ökologisch nachhaltigen Beschaffung.

### **Zusammenfassung:**

Der Stadtrat erachtet die öffentliche nachhaltige Beschaffung als wichtiges Element im Bereich seiner Bemühungen zur Zukunftsbeständigkeit der Stadt. Dabei handelt es sich um eine Daueraufgabe, da die Kriterien und Gewichtungen laufend überwacht und neuen Erkenntnissen anzupassen sind. Der Weg ist das Ziel, und die Stadt Schaffhausen befindet sich auf dem Weg. Durch die Mitgliedschaft in der IGöB und durch die Konsultation von bestehenden Empfehlungen wie eco-Bau finden Erkenntnisse von andern Kantonen und Städten schnell Eingang in die Stadtverwaltung. Der Stadtrat bittet Sie deshalb, seine Bestrebungen anzuerkennen und zu unterstützen.

Der Stadtrat hofft Ihnen mit diesem ausführlichen Bericht dargelegt zu haben, dass

er die Anliegen des Postulates bereits erfüllt und umsetzt.

Dazu sollten wir aber keinen zusätzlichen Bericht an das Parlament verfassen müssen, wie mit dem Postulat verlangt, sondern die Ziele in der Tagesaktualität umsetzen. Zudem werden wir prüfen, ob nicht gemeinsame Umsetzungsrichtlinien von Stadt und Kanton sinnvoll sind.

Aus diesen Gründen empfiehlt Ihnen der Stadtrat das Postulat in eine Interpellation umzuwandeln. Sollten Sie das Postulat nicht umwandeln und trotzdem überweisen, bittet Sie der Stadtrat, das Postulat gleich nach der Überweisung wieder abzuschreiben, da aus Sicht des Stadtrates das Postulat, wie dargelegt, erfüllt ist, und - so hoffen wir ebenfalls - einen ausreichenden Bericht darüber erstattet haben. “

Die **Ratpräsidentin, Christa Flückiger (SP)**, begrüsst die mit Verspätung eingetroffene **Marianne Schwyn (SP)**, die vermutlich bei Traktandum 3 bereits einen steilen Wiedereinstieg in die Ratstätigkeit haben wird und in stiller Wahl in die Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit gewählt wurde.

**Theresia Derksen (CVP)**

**Votum**

”Die Stadt Schaffhausen hat ein Leitbild, einen Leitfaden, sie hat eine Submissionsverordnung und ein Büro für Stadtökologie. SR Peter Käppler hat soeben ausgeführt, dass es Ziel des Stadtrates ist, nachhaltig, sozial und ökologisch zu handeln.

Mit vorliegendem Postulat wird ein Bericht gewünscht, der nicht nötig ist. Wir erwarten bereits jetzt, dass entsprechend gehandelt wird, und wir gehen davon aus, dass dies auch getan wird, und wenn nicht, wird der Postulant bei seinen Kollegen sicher intervenieren.

Die Stadt Schaffhausen hat ein Büro für Ökologie. Dieses Büro pflegt die Zusammenarbeit mit Fachverbänden und Organisationen. Das Büro Stadtökologie arbeitet auch zusammen mit den internen Amtsstellen, den kommunalen und kantonalen Amtsstellen und berät sie auch entsprechend.

Wir brauchen nicht einen Bericht, wir haben bereits ein entsprechendes Informationsbüro eingerichtet, und wir gehen davon aus, dass ökologisches und nachhaltiges Handeln das Ziel jeden Stadtrates und der Verwaltung ist, und diese die Beratungen des Stadtökologen in Anspruch nehmen.

Während man bei der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen im Inland faire und ökologische Produktionsbedingungen wohl noch einigermaßen kontrollieren kann, dürfte das für ausländische Produkte schon sehr schwierig sein. Das Büro der Stadtökologie wird vorschlagen, wenn möglich die Waren und Dienstleistungen im Inland zu beziehen, was wir der städtischen Verwaltung und den städtischen Betrieben auch raten. “

**Edgar Zehnder (SVP)**

**SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung**

”Wir wissen, dass das Anliegen alle betrifft; es wurde bereits im Kantonsrat behandelt und 40 Gemeinden sind damit belästigt worden. Ausser Schönrederei und dass es eigentlich gut gemeint ist, kann ich nichts finden, was umgesetzt werden sollte. Das Postulat schießt daneben - nämlich neben die Praxis.

Wir alle sind gegen die Kinderarbeit, überall hört man die Begriffe graue Energie, Gleichbehandlung von Mann und Frau und faire Handelsbedingungen - wie bereits von SR Peter Käppler und auch von Seiten des Postulanten gehört. Für mich ist dies alles selbstverständlich. Es ist eine Frage des Gewissens, mindestens hier in der Schweiz. Aber die Praxis sieht ganz anders aus. Industriegüter sind heute stark globalisiert, die Materialgewinnung findet irgendwo auf der Welt statt und der Grossteil des Grundmaterials stammt nicht aus unserer Region. Die Produkte werden zusammengesetzt, verschifft und rund um den Erdball "verfliegen" bis sie beim Endverbraucher in den Gestellen landen, beziehungsweise im Bestellungs- und Produktionsbetrieb.

Dieser Produkteweg ist die Schwierigkeit des Postulatsanliegens. Die geäusserten Wünsche kann ich bestens nachvollziehen - sie werden wohl auch weiterhin Wünsche bleiben. Schlussendlich steuert der Endverbraucher; alle sind angesprochen, auch der Staat als einer der grössten Bezüger. Wir als Privatkonsumenten in der Migros oder im Coop sind selbst schuld, wenn wir beispielsweise Früchte kaufen, die nicht saisongerecht sind. Hier kann man bereits auf persönlicher Ebene steuern.

Ich bin der Meinung, dass der genaue Weg nicht nachvollziehbar ist, egal, ob Labels oder Zertifikate vorhanden sind. Für mich sind sie reine Papiertiger, eine Selbstbefriedigung des Staates und dienen der Gewissensberuhigung, damit der Staat und die Vergabeinstanzen sagen können, man habe sich an die geltenden Regelungen gehalten. Wie gesagt, es handelt sich um Schönrederei und die heute in den Submissionsbedingungen enthaltenen Standardsätze entsprechen "Gummi hoch fünf" und jeder macht damit, was er will; darüberhinaus existieren kaum Sanktionen. Ich persönlich fühle mich als Oberlügner beim Ausfüllen gewisser Unterlagen, weil die Möglichkeit einer Überprüfung gar nicht besteht. Lange Listen werden im Feld "ja" angekreuzt, kein Unternehmer macht das Kreuz bei "nein"; es wird auch nicht kontrolliert. Der Staat hat seine Pflicht ebenfalls getan, jeder Anbieter kommt mit dieser Praxis auf die maximale Punktezahl, alle Anforderungen sind erfüllt. Am Schluss ist doch der Preis ausschlaggebend - und dann erfolgt das grosse Erwachen, weil die Anbieter aus der Stadt oder dem Kanton nicht berücksichtigt werden können. Diese Tatsachen sind unschön und stören mich sehr; auch Zertifikate und Labels ändern nichts daran.

Der Bau ist hier stark angesprochen, dazu brauchen wir nicht einmal einen Stadtökologen, und die IGöB können Sie sich ebenfalls abschminken. Als Beispiel möchte ich den Herrenacker anführen, und ich frage Sie, was hat der Stadtökologe gebracht? Wir in der Kommission mussten die rumänischen Steine rausnehmen und uns für Schweizer Steine einsetzen, die aber rund 40% Mehrkosten generierten - und dann ist alles "bachab" gegangen. So sieht die Wahrheit und die Praxis aus. Es wäre schön, mit Schweizer Steinen zu schaffen. Aber der Steuerzahler muss die Rechnung von Fr. 2 bis 3 Mio. berappen und legt ein Nein an der Urne ein. Damit sind alle Anstrengungen endgültig vom Tisch. Zur Produktewahl Saibro - einem homogenen, befestigten, wasserdurchlässigen Oberflächenbelag aus festem Kies - fragt niemand etwas, obwohl auch hier die Herkunft unklar ist und das Schieferöl kaum in der Schweiz hergestellt wird; und gebracht hat es auch nichts.

Es gibt nur eine Lösung: Auf privater Ebene intervenieren - und nicht 40 Gemeinden mit dem gleichen Vorstoss beschäftigen. Ich bin froh, dass Peter Neukomm im Stadtrat und nicht mehr im Grossen Stadtrat ist; er hat vermutlich bereits selbst bemerkt, wie alles läuft und möchte als Stadtrat damit nichts mehr zu tun haben.

Zur Thematik Kinderarbeit: Wir haben vorher chinesische Steine erwähnt, diese kommen allerdings nicht mehr zur Anwendung, heute sind es meistens Steine aus Portugal oder vielleicht aus der Schweiz, die aber nur an siebter Stelle in der Bauproduktion von Steinen steht. Es wird im chinesischen Raum gar nicht mehr nachgefragt, ob Kinderarbeit stattfindet oder saubere Produktionsabläufe bestehen, weil in den Ausschreibebedingungen chinesische Steine bereits ausgeschlossen sind, obwohl diese Steine mittlerweile qualitativ top sind. Und die Kinder haben damit auch keine Arbeit mehr. Ich bezweifle, ob es eine gute Lösung ist, wenn keine Steine mehr aus China bezogen werden, vor allem von Seiten von Ländern, die immer etwas für ärmere Länder tun wollen. Portugiesische Steine sind mindestens 30% teurer.

Der richtige Weg wäre, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, was meiner Ansicht nach nicht nur über den Einkauf gesteuert werden kann, sondern über das Einkaufsverhalten. Da gehe ich mit den Postulanten einig. Es ist die falsche Lösung, dass ganze Gebiete ausgeschlossen werden nur weil vor fünf Jahren einmal die Rede von Kinderarbeit war; aber es ist die einfachste und vor allem kontrollierbare Möglichkeit. Heute können nur noch Experten chinesische von portugiesischen Steinen unterscheiden, weil es sich um minime Nuancen in der Steinbearbeitung handelt. Ich weiss nicht, ob die Stadt jemals eine Kontrolle durchgeführt hat. Es ist nur wichtig, ob das Kreuz an richtigen Ort eingesetzt wird. Das Geld würde viel sinnvoller in die Schulbildung investiert, in die Modernisierung und Förderung der Selbstinitiative, damit Kinder "kindergerechtere" Arbeiten finden oder überhaupt nicht mehr arbeiten müssten, weil Erwachsenenwelt und Wirtschaft rundherum funktionieren.

Wir sind der Meinung, dass das Postulat abgelehnt werden sollte, das höchste der Gefühle wäre eine Interpellation - aber bitte ohne Diskussion. "

### **Martin Egger (FDP)**

### **FDP/JFSH-Fraktionserklärung**

"Ich melde mich vor allem deshalb, weil ich in meiner beruflichen Tätigkeit ebenfalls als Beschaffer tätig bin und die Thematik sehr gut kenne. Ich möchte kein derart düsteres Bild stehen lassen, wie mein Vorredner aufgezeigt hat.

Wir nehmen das Thema im Rahmen unserer Möglichkeiten sehr ernst und die Geschichte des Postulats nahm - wie angetönt - ihren Anfang im Frühjahr 2008 und hat als Hintergrund die Kampagne des Arbeiterhilfswerks "Keine Ausbeutung mit unseren Steuergeldern" anhand der drei Beispiele Strassenbausteine, Sportbälle und Arbeitskleidung für Spitäler. Das Anliegen des Postulanten ist durchaus berechtigt, aber mit der Antwort des Stadtrates wurde glaubhaft aufgezeigt, dass die Beschaffungsstellen der Stadt Schaffhausen mit den wichtigen Themen der sozial und ökologisch nachhaltigen Beschaffung bereits sensibilisiert wurden.

Es sind unserer Meinung nach ausreichend Kriterien vorhanden, die diesem Anliegen Rechnung tragen. Die FDP/JFSH-Fraktion ist aufgrund dieser umfassenden Antworten der Meinung, dass dieses Postulat unnötig war, da die Beschaffung in erster Linie Sache der Verwaltung ist, die Stadt bereits ausreichend Kriterien, welche diesem Anliegen Rechnung tragen, hat, und die öffentliche Beschaffungsstellen sind sich - das weiss ich aus eigener Erfahrung - bewusst, welche Verantwortung sie hinsichtlich sozialen, ökologischen und nachhaltigen Beschaffungskriterien wahrzunehmen haben. Viele Privathaushalte und auch Firmen könnten sich davon ein Stück abschneiden.

Aufgrund dieser bereits vorhandenen internen Regelung - SR Peter Neukomm konnte sich in der Zwischenzeit sicherlich auch davon überzeugen - schlägt Ihnen unsere Fraktion vor, das Postulat ebenfalls in eine Interpellation umzuwandeln - und zwar wenn möglich ohne weitere Diskussion. "

**Alfred Tappolet (SVP)****Votum**

"Es hat sehr schön getönt, Sie rufen nach freierem Markt, nach billigeren Nahrungsmitteln und trotzdem nach einem ökologischen Verhalten. Doris Leuthard verspricht sich dies mit Import von Nahrungsmitteln und einem globalisierten Markt. Bitte sagen Sie mir, warum in der Schweiz ein Liter Milch billiger produziert werden muss wie ein Liter Coca Cola im Laden verkauft wird? Überall, wo Produzenten darauf angewiesen sind, ihre Waren zu jedem Preis abzusetzen, weil sie nicht nach den Marktverhältnissen, sondern nach dem Ablauf der Natur anfallen, nützen die Marktteilnehmer diese Situation aus, und dies trifft für jedes Gebiet zu.

Auch die öffentliche Hand nutzt diese Marktentwicklung aus; im Spital wurde Randegger Wasser an die Patienten ausgeschenkt - Randegg liegt direkt bei Schaffhausen. Aber dieses Wasser war ein paar Rappen zu teuer, obwohl es in Glasflaschen geliefert wurde. Der Spital hat wieder auf Wasser eines Grosskonzerns umgestellt, weil dieses billiger und damit Kosten sparend war. Ich bin überzeugt, dass die Kosten derart gering waren, dass sie nicht einmal ins Gewicht fielen.

Wenn es um Geld geht, bleibt es bei Lippenbekenntnissen; jeder kann irgendwo auf der Welt eine Organisation finden, die ihm ein Zertifikat ausstellt, dass er ökologisch produziere. Kürzlich habe ich ein Zertifikat gesehen, das Gemüse aus Almería, welches in riesigen Plastikstädten heranwächst, wo Schwarzarbeiter aus Marokko arbeiten, viel ökologischer wie Gemüse aus Schaffhausen sei. Saisongerechte Produkte werden immer nach bereits gestilltem Verlangen der Konsumenten in der Werbung und auf dem Markt angeboten, weil wir immer zu spät sind. Dies kann ich Ihnen mit dem Beispiel der Erdbeeren illustrieren: Die Saison beginnt, wenn draussen noch Schnee liegt und die einheimischen Produkte noch nicht auf dem Markt sind. Wenn die Konsumenten bereits genug von diesem Produkt haben, kommen wir mit unseren ökologischen und marktgerechten Produkten, und dann ist das Verlangen der Konsumenten bereits gestillt und die Schaffhauser Kirschen, die wir für Fr. 7.-- bis Fr. 10.-- pro Kilo anbieten, sind viel zu teuer und nicht marktgerecht produziert, weil eine viel zu grosse Menge auf dem Markt ist. Pflücken Sie einmal ein Kilo Kirschen in der Schweiz für Fr. 7.-- bis Fr. 10.-- und Sie werden sehen, dass niemand hier drin auf den Mindestlohn käme, der in der Schweiz vorgeschrieben ist. Darum hören Sie mit diesen Lippenbekenntnissen auf und kaufen Sie weiterhin beim Grossverteiler billig ein. Dann tun Sie etwas für die Natur und für unsere Umgebung; dies alles muss ich mir als Produzent von einheimischen Produkten anhören. Alle sprechen nur davon, aber niemand hält diese Lippenbekenntnisse ein. Uns wird jeder Rappen in der Produktion - wo immer möglich - "abgeklemmt".

Ich möchte über dieses Thema diskutieren, das haben wir heute Abend gemacht, aber als Interpellation; ein Postulat werde ich nicht überweisen. "

**Iren Eichenberger (OeBS)****OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung**

"Ich glaube den Produzenten gerne, es haben verschiedene Anbieter auf dem Markt heute Abend Tacheles gesprochen, und ich glaube Ihnen alles. Mir ist mit diesem Peter-Spiel nicht ganz wohl, wenn Peter Käppler dem Peter Neukomm Antwort gibt.

Ich glaube auch nicht ganz an die glücklichen Hühner und die fröhlichen Schweine auf der grünen Wiese. Warum hat Peter Neukomm dieses Postulat eingereicht, mit seinem Namen, auch wenn er es von einer früheren Postulantin übernommen hat. Es müssen Gründe und begründete Bedenken dahinter stehen. Vielleicht hat ihn bereits der eigene Schatten eingeholt, und er ist inzwischen völlig beruhigt.

Was uns Peter Kämpfer erläutert hat, tönt tatsächlich nach echter Bemühung und bestem Wissen und Gewissen. Edi Looser erklärte kürzlich bei Radio Munot, wie schwierig es gerade bei Verpflästerungen ist, auszuschliessen, dass nicht doch Kinderhände im Spiel waren, vor allem bei Steinen aus dem asiatischen Raum. Es war ein sehr ehrliches Bekenntnis. Natürlich sind wir alle verantwortlich, wir, die wir nämlich über Projekte und Preise entscheiden; als Grosser Stadtrat sowie als Stimmbürgerinnen und Stimmbürger tragen eine grosse Verantwortung. Trotzdem ist mir bei dieser Antwort nicht ganz geheuer. Ich frage mich, ist das jetzt unisono die Antwort des Stadtrates oder bleiben im Stadtrat 20% Zweifel? Eine Antwort darauf würde mich sehr interessieren. “

**Walter Hotz (FDP)****Votum**

”Die Antwort von SR Peter Kämpfer über das Einkaufswesen der Stadt Schaffhausen war für mich bengalisch begründet. Edgar Zehnder ist ein Unternehmer, und wer Unternehmer ist, muss wirklich auf den Preis schauen. An dieser Stelle möchte ich Sie daran erinnern, dass in der Stadt Schaffhausen vier Kindergärten gebaut wurden; der Architekt war Parteikollege Andres Bächtold, der Begründer des Postulats. Wir haben einen sechsten Kindergarten im Hauenal gebaut. Dieser Auftrag wurde offiziell nicht mehr ausgeschrieben; die Kosten waren ungefähr Fr. 100'000.-- höher als von anderen Lieferanten im Kanton. Wenn man von fairem Beschaffungswesen sprechen will, sollte es auf der anderen Seite für den Lieferanten aber auch möglich sein, fair und sozial liefern zu können. “

**SR Peter Kämpfer****Stellungnahme**

”Ich weiss nicht, ob ich die 20% Zweifel ausblenden kann; aber ich glaube nicht, dass sie beim Stadtrat zu finden sind. Es ist tatsächlich immer irgendwo im Beschaffungswesen ein Zweifel. Wir sind natürlich darauf angewiesen, dass diese Labels eingehalten werden. Der Stadtrat kann leider die Steine nicht selbst im Steinbruch schlagen und nach Schaffhausen transportieren. Wir sind auch auf das Vertrauen gegenüber den Lieferfirmen angewiesen, welches Edgar Zehnder mit seinen Ausführungen, wie die Kreuze gesetzt werden, erschüttert hat.

Ich möchte folgendes Beispiel anfügen: Der sechste Kindergarten im Hauenal wurde nach FSC-label zertifiziert; es war keine einfache Sache, da die Herkunft jedes einzelnen Holzbestandteils nachgewiesen werden musste. Dies führte dazu, dass am Schluss sogar die WC-Tür den FSC-Richtlinien entsprach. Es besteht die Gefahr, dass - sofern die Zertifizierung übertrieben wird - die Bürokratie teurer wie das ganze Produkt wird. Vermutlich werden trotz aller Kontrollen und Vertrauen die von Iren Eichenberger erwähnten 20% Zweifel bleiben.

Zum Votum von Walter Hotz: Der Bau des Kindergartens Hauenal wurde dem GrSR in Form einer Vorlage mit ausführlicher Begründung unterbreitet. Sowohl das Parlament, wie auch das Volk haben zugestimmt.

Zum Votum von Edgar Zehnder: Gemäss seinen Ausführungen betreffend Steine



aus China müsse überprüft werden, ob nicht doch Kinderhände im Einsatz seien. Ich wiederhole, dass es ein ökologischer Unsinn ist, wenn Stoffe, die wir in Europa haben, einfach über die Weltmeere transportiert werden. Auch im Transportbereich muss die Ökologie berücksichtigt werden; dies ist für den Stadtrat ein wichtiges Argument.

Zum Votum von Alfred Tappolet: Der Stadtrat folgt nach Möglichkeit dem Weg zu mehr Qualität. Wir wollen nicht bei Aldi einkaufen, sondern nach Möglichkeit gute Produkte aus der Region; dies führt manchmal dazu, dass zwar keine Bio-Produkte eingekauft werden, weil es diese in der Region nicht gibt, aber andere regionale Produkte berücksichtigt werden.

Ich glaube, der Stadtrat ist auf einem guten Weg und dort, wo noch gewisse Zweifel bestehen, werden regelmässig Schulungen durchgeführt, damit unsere Leute mitziehen. “

### **Andres Bächtold (SP)**

### **Schlusswort**

”Ich danke dem Stadtrat für seine umfassende und eindeutige Beantwortung des Postulats und nehme an, dass ich dies auch im Namen des Postulanten machen kann. Danke für die Stellungnahmen und Voten, die ich zwar nur teilweise verstanden habe. Ich werde nicht im Einzelnen darauf eingehen, ausser auf das Votum des Sprechers der SVP. Dieses Postulat war kein Spass, sondern sehr ernsthaft und mit Ernsthaftigkeit eingereicht und dementsprechend erfolgte auch die Antwort vom Stadtrat - wenigstens. Vielleicht noch eine kurze Bemerkung zu den Labels: Unabhängig kontrollierte Labels garantieren die Nachhaltigkeit und Sozialverträglichkeit, und zwar von der Gewinnung des Rohstoffes bis zur Endverarbeitung. SR Peter Käppler hat dies am Beispiel des FSC-Labels für Holz geschildert, welches möglich machte, dass Tropenholz auch hierzulande je nach Anwendung wieder verwendet werden kann. Sofern es bereits auch ein entsprechendes Label für Steine gäbe, könnte man allenfalls wieder Steine aus China und Vietnam importieren, wenn dies ökologisch sinnvoll erscheint.

Edgar Zehnders Schilderung wie die Kreuze angebracht werden, hat eine ganze Branche disqualifiziert. Ich kann nur hoffen, dass nicht alle Bauunternehmer dies auch so tun und nehme an, dass der Baureferent und der Stadtrat genau zugehört haben. Kontrolle ist wichtig, das habe ich bereits erwähnt, und auch die Mitarbeiterschulung, damit die Kreuze kontrolliert werden können.

Ich möchte - und nehme an, auch hier in Übereinstimmung mit dem Postulanten - nicht riskieren, dass das Postulat abgelehnt wird, und wandle es selbstverständlich in eine Interpellation um. Abschliessend hoffe ich, dass die ausführliche und fundierte Antwort des Stadtrates vielleicht genügen wird, um trotzdem faire Steine aus fairer Produktion nach Schaffhausen zu holen. “

**Das Geschäft ist erledigt.**

**Traktandum 3      Motion Marianne Schwyn (SP): Mobilitätsberatung für Unternehmen und Private****Marianne Schwyn (SP)****Begründung**

„In den kommenden 20 Jahren ist laut dem kantonalen Verkehrsmodell mit einer grossen Verkehrszunahme sowohl auf der Stadttangente als auch auf dem Städtischen Strassennetz zu rechnen. Allein auf der Rheinuferstrasse werden bis zu 25'000 Fahrzeuge pro Tag unterwegs sein, was einer Zunahme von 45% entspricht. Damit verbunden ist eine deutliche Verschlechterung der Verkehrs-, Luft- und Lebensqualität.

Diese prognostizierten Entwicklungen stehen im krassen Gegensatz zu den Bestrebungen der Stadt, vermehrt als attraktiver Wohn- und Arbeitsort wahrgenommen zu werden. Im Gesamtverkehrskonzept für die Stadt Schaffhausen wurden deshalb dazu vier Strategien formuliert:

1. Verkehr vermeiden
2. Verkehr verlagern
3. Verkehr umwelt- und sozialverträglich abwickeln
4. Verkehr wirtschaftlich und finanzierbar abwickeln

Im Schlussbericht sind entsprechende Massnahmen zur Umsetzung dieser Strategien aufgeführt, unter anderem Mobilitätsberatung. Mobilitätsberatung, und ich verwende auch gerne den im Gesamtverkehrskonzept und analog dazu im Agglomerationsprogramm Schaffhausen plus verwendeten Begriff Mobilitätsmanagement, umfasst – ich zitiere aus dem Gesamtverkehrskonzept – *„Massnahmen und Produkte, die hauptsächlich bei den Verkehrsteilnehmenden ansetzen und sie zu einem nachhaltigen Verkehrsverhalten motivieren. Mobilitätsmanagement umfasst einerseits Informationen über alle Mobilitätsformen, inklusive kombinierter Mobilität, andererseits Massnahmen, die Anreize schaffen, um vermehrt die umweltfreundlichen Verkehrsmittel zu benutzen. Es handelt sich somit um begleitende Massnahmen zum Ausbau des ÖV- und LV-Angebots.“*

Unter dem Titel Mobilitätsmanagement wird im Schlussbericht des Gesamtverkehrskonzepts sowohl Mobilitätsberatung für grössere Firmen als auch die Bündelung der diversen Info- und Verkaufsstellen zu einer Mobilitäts- Infostelle erwähnt. Insofern werde ich, wie ich annehme, einmal mehr offene Türen einrennen, wenn ich den Stadtrat mit meiner Motion bitte, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten.

Bei einem Blick in den Massnahmenkatalog der Energiestadt Schaffhausen beim Audit 2008 findet man dort zwar diese Punkte unter dem Stichwort Mobilitätsmarketing ebenfalls, die bis dato realisierten Massnahmen sind jedoch noch ungenügend. Die zusätzlich geplanten Massnahmen beschränken sich auf die Verbesserung der Homepage und die Ergänzung des Neuzuzügersets, in Bezug auf Mobilitätsberatung für Unternehmen finden sich gar keine geplanten Massnahmen. Aus diesem Grund entstand schliesslich auch diese Motion.

Die Stadt Winterthur hat gezeigt, dass Mobilitätsmanagement eine wirkungsvolle und effiziente Sache ist. Gemeinsam mit anderen Städten wurde die attraktive Internetplattform *clevermobil* kreiert, wo sich Private einfach und schnell über die Vor- und Nachteile der verschiedenen Mobilitätsformen informieren können und dazu angeregt werden, diese sinnvoll miteinander zu kombinieren.

Daneben besteht ein Angebot für Unternehmen, sich über konkrete Möglichkeiten im betrieblichen Mobilitätsmanagement sowie Optimierungspotenziale im Bereich Mobilität zu informieren und bei der Umsetzung konkreter Massnahmen individuell unterstützt zu werden.

Dazu möchte ich Ihnen aus einem Artikel im Tages Anzeiger vorlesen, der dies aus Sicht einer Winterthurer Firma schildert:

*„Der Umwelt und Gesundheitsschutz der Stadt Winterthur bietet Firmen Mobilitätsberatungen an. Die Dienstleistung ist keine Seifenblase, sie zahlt sich aus und fördert bei den Angestellten ökologisches Verhalten, wie das Beispiel der Winterthurer Elektroinstallationsfirma Schultheis-Möckli AG zeigt. Wir sparen pro Jahr Fr. 10'000.-- bis Fr. 15'000.-- Treibstoffkosten, sagt Geschäftsleiter Oscar Bär. Die Firma hat eine Flotte von 51 Kleinbussen und Kombis für die Montageteams. Die meisten Mitarbeiter haben im Sicherheitszentrum Veltheim Eco-Drive-Fahrkurse absolviert. Und sie haben danach in Testfahrten über 50 Kilometer realisiert: Mit sparsamer Fahrweise sinkt der Benzinverbrauch um 10 bis 30%. Bär sensibilisiert seine Mitarbeitenden immer wieder für Themen wie Gesundheit am Arbeitsplatz und Umweltschutz, mit Anschlägen an den Pinwänden, Informationen an Sitzungen und Anregungen in den Lohnabrechnungen.*

*Die ständige Auseinandersetzung mit dem Thema Mobilität hat einige Mitarbeiter bewogen, ihr Verhalten zu ändern. Vor Einsätzen sprechen sich die Monteure ab und bilden, wenn immer möglich, Fahrgemeinschaften. Wir fahren heute mit weniger Autos auf die Baustellen, sagt Bär. Zwei Kadermitarbeiter sind von Benzinfressern auf Kleinwagen mit einem Verbrauch von 6 Litern auf 100 km umgestiegen. Der Magaziner ist vom Auto auf den Zug umgestiegen. Er kommt von Embrach per Bahn nach Winterthur und fährt dann mit dem Kickboard in die Firma im Harzach-Industriezentrum in der Grüze. Ein Mitarbeiter des technischen Büros kommt mit dem Velo statt mit dem Auto zur Arbeit. Muss er für das Geschäft ein Bauobjekt besichtigen, so leiht er sich das Fahrzeug eines Kollegen aus. Und seit November gehört auch ein Erdgasauto zur Flotte der Firma.*

*Was treibt Bär an, seine Firma auf ökologisch zu trimmen? Meine Arbeiter ändern ihre Einstellung, identifizieren sich mit der Firma, das spürt die Kundschaft. Und das Mobilitätsmanagement lohnt sich auf finanziell. Wir können Geld sparen, zum Beispiel Versicherungsprämien und Treibstoffkosten. “*

Beide Beratungsangebote sowohl für Private als auch für Unternehmen sind für die Stadt Winterthur laut Auskunft der Abteilung Umwelt- und Gesundheitsschutz praktisch kostenneutral, da die Homepage gemeinsam mit anderen Städten bewirtschaftet wird und die Mobilitätsberatung für Unternehmen bis vor kurzem einerseits vom Bund unterstützt wurde und andererseits ab einem gewissen Aufwand für die Unternehmen kostenpflichtig ist. Inzwischen wird MIU (Mobilität in Unternehmen) partnerschaftlich finanziert durch den Kanton Zürich sowie die teilnehmenden Gemeinden und Unternehmen.

Wir haben in diesem Ratssaal am 30. Oktober 2007 die Motion von Peter Neukomm für ein Energie- und Klimaschutzkonzept für eine Trendwende in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft überwiesen und die Stadt Schaffhausen ist Trägerin der europäischen Energieauszeichnung “European Energy Award Gold“. Die Stadt muss mit solchen Errungenschaften Schlagzeilen machen und damit auch gleich den Plänen der Nagra den Wind aus den Segeln nehmen.

Diese Motion ist ein weiterer Schritt in diese Richtung, unsere Stadt als Spitzenreiterin in Sachen Umweltschutz und Nachhaltigkeit zu positionieren. Auch das ist ein Standortvorteil und meinen Vorstellungen von einem kleinen Paradies wesentlich näher als Blechlawinen und Bohrlöcher.

Ich bitte Sie daher, diese Motion zu überweisen und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. “

### **SR Peter Käppler**

### **Stellungnahme**

”Grossstadträtin Marianne Schwyn hat den Stadtrat mit ihrer Motion vom 16. September 2008 eingeladen, eine Vorlage auszuarbeiten mit dem Ziel, Mobilitätsberatung für Unternehmen und Private anzubieten. Die Motionärin will mit dieser Massnahme zu einer nachhaltigen Standortförderung der Energiestadt Schaffhausen beitragen. Sie will den Langsamverkehr, den öffentlichen Verkehr sowie den Einsatz von sparsamen, umweltfreundlichen Fahrzeugen fördern. Unternehmungen sollen konkrete Möglichkeiten eines betrieblichen Mobilitätsmanagements aufgezeigt werden oder sie sollen bei der Umsetzung konkreter Massnahmen unterstützt werden. Private sollen über Vor- und Nachteile verschiedener Mobilitätsformen informiert und angeregt werden, diese sinnvoll zu kombinieren.

Mobilitätsberatung umfasst ein umfassendes Informationsangebot zur Mobilität, die persönliche Beratung von Einzelkunden und die Beratung von Unternehmen zum Mobilitätsmanagement. Im Bereich der Information sind schon heute im Internet vielfältige Angebote vorhanden. Private können sich beim TCS und beim VCS über die sparsamsten Fahrzeuge informieren. Auf der Plattform „Mobilitätsdurchblick Schweiz“ kann die persönliche Mobilität hinsichtlich Kosten, Zeitaufwand, Gesundheit, Umwelt, Sicherheit und Komfort überprüft werden. Die SBB und verschiedene Tarifverbünde (zum Beispiel Ostwind) bieten für Pendlerinnen und Pendler einen Vergleichsrechner an, mit welchem die Kosten bei Benützung des öffentlichen Verkehrs mit den Kosten bei Benützung des Autos verglichen werden können. Eine mehr oder weniger umfassende Mobilitätsberatung für alle Verkehrsteilnehmer, Private und Unternehmungen bieten die Städte Zürich (Mobil in Zürich), Baden (badenmobil), Winterthur (Winterthur clever mobil) und St.Gallen (St.Gallen clevermobil) mit multimedialen Internetplattformen an. Ein ebenfalls umfassendes Angebot bietet der Kanton Aargau (aargaumobil). Private und Unternehmen können sich bei Mobility Carsharing über Dienstleistungen des ökonomisch und ökologisch effizienten Carsharings informieren und Fahrzeuge buchen.

Bisherige Anstrengungen in Schaffhausen:

Die Motionärin rennt fast offene Türen ein, aber wir sind noch nicht so weit wie andere Städte und Kantone. Auch wenn Schaffhausen in diesem Bereich noch nicht soweit wie andere Städte und Kantone ist, bietet die Stadt Schaffhausen unter der Internet-Adresse des Stadtökologen Links zum „Mobilitätsdurchblick Schweiz“ und zu Anbietern von Mitfahrgelegenheiten. Persönliche Mobilitätsberatung für die Bedürfnisse im öffentlichen Verkehr erhalten interessierte Personen bei der Ticketeria der VBSH beim Bahnhof. Die Mobilitätsberatung und das Mobilitätsmanagement bilden ebenfalls ein wichtiges Standbein der Energiestadt Schaffhausen, aus Sicht der Energie und Treibhausgase. Sie werden im Audit über den European Energy Award explizit überprüft. Dies wurde letztes Jahr bereits erfolgreich durchgeführt.

Im Bereich Mobilitätsberatung von Firmen ist die Grosskundenbetreuung der SBB in der Metropolitanregion Zürich, zu der auch der Kanton Schaffhausen gehört, aktiv. So wurden im ganzen Kanton alle Firmen mit mehr als 100 Beschäftigten besucht. Im direkten Gespräch mit den Firmenleitungen und/oder den Finanz-, beziehungsweise Personalverantwortlichen wurden zum Teil Bedarfsabklärungen in den drei Segmenten Pendler-, Freizeit- und Geschäftsmobilität durchgeführt. Bei verschiedenen Firmen konnten, insbesondere bei der Förderung der Pendlermobilität, Massnahmen durch Beteiligung der Arbeitgeber an den Reisekosten in Form von Rail Checks oder auch in Form der ermässigten Abgabe von Pendlerabonnements erreicht werden. Aus der Erfolgskontrolle dieser vielfältigen Kontakte ergab sich, dass der Tarifverbund FlexTax für das Angebot eines eigenständigen Firmenabos ausdehnungsmässig zu klein ist. Dagegen besteht im Z-Pass das Angebot des Z-BonusPass für Firmen: Es handelt sich um ein persönliches Jahresabonnement für Pendler zwischen dem Zürcher Verkehrsverbund und den Nachbarverbänden, so auch dem FlexTax, zu Vorzugskonditionen. Bei diesem Abonnement bezahlen zwischen Schaffhausen und Zürich pendelnde Arbeitnehmende von partizipierenden Firmen wie üblich die Zonen zwischen deren Wohn- und Arbeitsort. Sie erhalten jedoch ein Abonnement für alle Zonen des entsprechenden Z-Pass Korridors und profitieren damit von einem erheblich grösseren Verkehrsnetz zum selben Preis. Den Aufpreis für das Abonnement alle Zonen bezahlt der Arbeitgeber.

Für die Stadtverwaltung wird, frühestens ab 2010 und nun parallel mit dem Kanton, die Einführung eines sogenannten Job-Tickets geprüft. Die Benützung des öffentlichen Verkehrs durch die Mitarbeitenden soll mit einem Rail Check beim Kauf eines Jahresabonnements unterstützt werden. Mit dieser Massnahme können auch Einsparungen etwa bei den Fahrspesen erzielt werden. Zudem wird erwartet, dass mit dieser Vorbildfunktion der öffentlichen Verwaltung eine gewisse Signalwirkung an andere grössere Arbeitgeber im Kanton ausgeht. Ein entsprechender Kredit für eine Einführung bereits 2009 und noch vor dem Kanton, wurde bei der Budgetberatung im Dezember 2008 durch den Grossen Stadtrat gestrichen. Zurzeit laufen mit dem Kanton Verhandlungen zur gleichzeitigen Ausarbeitung.

Mobilitätsmanagement als Teil des Massnahmenplans Lufthygiene und des Agglomerationsprogramms:

Im Massnahmenplan Lufthygiene 2006 / 2007 ist unter den „Massnahmen mit Wirkung auf Reduktion aller Schadstoffe (inklusive CO<sub>2</sub>)“ (A-Massnahmen) die Förderung der kombinierten Mobilität und des Langsamverkehrs vorgesehen. Danach wird das kantonale Baudepartement beauftragt, die Pendler für die Benützung des Langsamverkehrs und des öffentlichen Verkehrs zu sensibilisieren. Es soll zudem innovative Mobilitätsprojekte fördern, insbesondere für grössere Firmen. Die zuständige Dienststelle nimmt mit grösseren Firmen Kontakt auf, um ihnen ein passendes Mobilitätskonzept zu unterbreiten.

Ein umfassendes Mobilitätsmanagement wurde ebenfalls im Agglomerationsprogramm des Kantons Schaffhausen vom 17. Dezember 2007 postuliert (Agglomerationsprogramm Schaffhausen plus, Teil Verkehr und Siedlung), welches zurzeit vom Bund in Vernehmlassung ist. Danach umfasst das Mobilitätsmanagement „Massnahmen und Produkte, die hauptsächlich bei den Verkehrsteilnehmenden ansetzen und sie zu einem nachhaltigen Verkehrsverhalten motiviert“. In der Agglomeration Schaffhausen stehen laut Programm folgende Massnahmen im Vordergrund:

1. Mobilitätsberatung für grössere Firmen sowie Verkehrserzeuger des Einkaufs- und Freizeitverkehrs, kombiniert mit Abo-Vergünstigungen
2. Bündelung der diversen Info- und Verkaufsstellen zu einer Mobilitäts-Infostelle (Fussgänger, Velo, öV, MIV)
3. Tarifmassnahme öV: Integraler Tarifverbund Schaffhausen, integraler Tarifverbund Z-Pass, Job-Ticket

Sinnvolle Zusammenarbeit von Kanton und Stadt:

Am 20. März 2007 nahm der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen vom Massnahmenplan Lufthygiene 2006/2007 zustimmend Kenntnis und beauftragte das Baudepartement - unter Vorbehalt der Budgetgenehmigung - mit dem Vollzug. Als weitere Akteure sind die Stadt Schaffhausen und die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall sowie der Tarifverbund FlexTax angesprochen.

Der Stadtrat betrachtet eine Bündelung der vorhandenen Informationen zur kombinierten Mobilität und zum Mobilitätsmanagement als wichtig und nützlich. Er legt ebenso Wert auf persönliche Beratung von Einzelpersonen wie auch von Unternehmungen in Mobilitätsfragen. Wie die obigen Darlegungen zeigen, sind die Bestrebungen im Sinne des eingereichten politischen Vorstosses auf verschiedensten Ebenen bereits im Gange. Mit dem Massnahmenplan Lufthygiene und dem Agglomerationsprogramm wurden die Gefässe geschaffen, um die Fragen koordiniert anzugehen. Der Kanton als federführende Instanz auch im Tarifverbund und die Stadt stimmen sich bei der Weiterentwicklung gegenseitig ab. Die Prioritäten sind so gesetzt, dass zuerst (auf den Fahrplanwechsel im Dezember 2010) der integrale Tarifverbund FlexTax eingeführt werden kann. Zu diesem Zweck wurden den Parlamenten von Kanton und Stadt im Dezember bereits entsprechende Vorlagen unterbreitet.

Antrag:

Der Stadtrat ist bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Weil die Fragen der Mobilitätsberatung und des Mobilitätsmanagements aber den Rahmen der alleinigen Zuständigkeit der Stadt sprengen, beziehungsweise gemäss Massnahmenplan Lufthygiene und gemäss Agglomerationsprogramm durch den Kanton unter Mitwirkung der Stadt vorangetrieben werden, wird eine Umwandlung in ein Postulat beantragt.

Wir schlagen Ihnen vor, das Postulat wird mit folgendem Wortlaut erheblich zu erklären:

**Der Stadtrat wird eingeladen, koordiniert mit dem Kanton im Bereich Mobilitätsmanagement im Sinne des Massnahmenplans Lufthygiene und des Agglomerationsprogramms aktiv zu bleiben und darüber Bericht zu erstatten.**

Ich hoffe, Sie haben für diesen Änderungsantrag Verständnis. “

**Dr. Raphaël Rohner (FDP)**

**FDP/JFSH-Fraktionserklärung**

„Der so genannten Mobilitätsberatung wird bei einem weiteren Anwachsen des Verkehrs – wovon ausgegangen werden kann – in städtischen Agglomerationen zweifellos ein wichtiger Stellenwert zukommen. Ich habe darauf bereits in der Begründung zu meinem Postulat „Schaffhauser Busbetriebe aus einer Hand“ anlässlich dessen Beratung vom 17. Juni 2008 hingewiesen. Das ist unbestritten. In St. Gallen bietet die Fachstelle Umwelt und Energie unter dem Titel „clever

unterwegs“ für dort wohnhafte Personen eine persönliche Beratung an. Unter dem Stichwort „Mobilitätsmanagement“ findet man im Kanton Solothurn die Kampagne „Mobilitätsberatung für Unternehmen“; es ist dies eine kostenlose Erst-Beratung. Weitere Beispiele sind von der Motionärin aufgeführt worden. Das Thema ist unter den Oberbegriff der Nachhaltigkeit zu subsumieren und verdient bestimmt unsere Aufmerksamkeit.

Wenn unsere Fraktion der Motion nicht zustimmt, so findet diese Haltung nicht ihre Begründung in einer Ablehnung eines solchen Angebotes an Private und Unternehmen oder gar an der Negierung eines Handlungsbedarfs im Zusammenhang mit der Frage, wie wir künftig in und um unsere Städte das wachsende Verkehrsaufkommen sinnvoll bewältigen sollen. Das sei an dieser Stelle mit Nachdruck betont.

Aber eigentlich ist das Thema längst gesetzt, und wir gehen davon aus, dass die RVSH und VBSH sich ihm – wenn nicht bereits jetzt in Planung – so doch zusammen mit der rechtlichen und organisatorischen Zusammenführung annehmen werden. Ich habe in der bereits angeführten Begründung zu meinem Postulat im vergangenen Sommer explizit auf die Wichtigkeit dieses Aspektes hingewiesen. Bei den VBSH und den RVSH ist diese Aufgabe insofern richtig situiert, als dass die Anliegen von Stadt und Kanton – also auch der umliegenden Landgemeinden – in die Gedankenführung einbezogen werden können und Lösungen angeboten werden, die nicht allein auf die Anliegen der Stadt fokussiert sind. Der angestrebten Nachhaltigkeit kann damit noch besser Rechnung getragen werden. Zudem sind bei den Verkehrsbetrieben Fach- und Sachkompetenzen gleichsam gebündelt vorhanden; sie können direkt genutzt werden. Wer, wenn nicht die Mitarbeitenden der VBSH und der RVSH, hat hier den bessern Überblick und das bessere Fachwissen? Wohl kaum eine in der Verwaltung angesiedelte neue Beratungsstelle, die – im worst case ohne Rück- und Absprache mit den Verkehrsbetrieben - eigene Szenarien entwickelt und diese umzusetzen sucht.

Die Leitung der Verkehrsbetriebe kann mit ihren Fachpersonen und mit ihrer Vernetzung von Anfang sicherstellen, dass eine solche Beratung basierend auf realistischen Szenarien und bezogen auf ihre Planungen – im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Angebots des öffentlichen Verkehrs in der ganzen Region – angeboten werden kann.

Dazu braucht es aber weder eine Vorlage des Stadtrates noch einen speziellen Auftrag. Noch einmal sei auf meine Begründung zum Postulat „Schaffhauser Busbetriebe aus einer Hand“ hingewiesen: Es wird Aufgabe der Geschäftsleitung der neu strukturierten und organisierten Verkehrsbetriebe von Stadt und Kanton – die sich noch intensiver mit dem ZVV vernetzen werden – sein, ihr Angebot so zu definieren und auf dem Markt zu positionieren, dass im Nahverkehr und in der weiteren Agglomeration von der Kundschaft noch vermehrt Gebrauch gemacht wird. Dazu gehört auch die Beratung der Kundschaft, gilt es doch, mit attraktiven Angeboten ein neues Potenzial an Kundinnen und Kunden zu gewinnen. Und um dies alles noch besser realisieren zu können, um noch erfolgreicher auf dem Markt auftreten zu können, braucht es ja eben diese einheitliche Marke, die aus einer Zusammenführung von RVSH und VBSH entstehen soll. Kundenberatung wird hier den gleichen Stellenwert haben wie bei jeder Privatunternehmung, die ihre Produkte erfolgreich verkaufen will; ein Teil dieser Kundeberatung wird Mobilitätsberatung sein. Die öffentliche Hand – sprich Stadt und Kanton – wird auch bei gemeinsam geführten Verkehrsbetrieben und selbst mit neuer Rechtsform ihren politischen

Einfluss geltend machen und in Bezug auf die infrage stehende Beratungsangebote die politischen Wünsche und Vorgaben einbringen können. Die Politik ist somit eingebunden, was wiederum für dieses Modell spricht. Mit ihm wären wir im Übrigen in keiner Weise allein auf weiter Flur: BLS und Regionalverkehr Mittelland verfügen bereits über ein entsprechendes Angebot. Wir sind der festen Überzeugung, dass Walter Hermann mit seinen Mitarbeitenden Willens und in der Lage sein wird, ein solches Beratungsangebot zur Verfügung zu stellen, ist dies doch – ich habe bereits darauf hingewiesen – aus unternehmerischer Sicht ein wesentlicher Aspekt für die mittel- und langfristige erfolgreiche Positionierung auf dem Markt.

Aus diesen Gründen sehen wir zurzeit keinen zusätzlichen Handlungsbedarf und werden wie gesagt der Motion nicht zustimmen. Dass anlässlich der heutigen Beratung dieses parlamentarischen Vorstosses die diesbezüglich unterschiedlichen Meinungen vor allem bezüglich von Art und Umfang einer solchen Beratung auf den Tisch gelegt und diskutiert werden können, ist durchaus positiv zu werten, reicht aber absolut zur Zielfestlegung und -erreichung aus. Wir laden Marianne Schwyn daher höflich ein, die Motion in eine Interpellation umzuwandeln.

Im Sinne einer abschliessenden Bemerkung komme ich nun aber nicht umhin, im Namen der ganzen Fraktion ein gewisses Befremden zum Ausdruck zu geben über die Feststellung der Motionärin in ihrer schriftlich vorliegenden Kurzbegründung betreffend autofreies Zentrum und Parkplätze: Wo – Frau Kollegin – meinen sie, es bestehe die Gefahr, dass dieses mit Parkplätzen „zugepflastert“ werde; wo ist dies Ihres Erachtens allenfalls schon der Fall? Wir können mit bestem Willen keine solchen Tendenzen feststellen – im Gegenteil. Der Stadtrat hat in den vergangenen Jahren – teilweise zusammen mit dem Grossen Stadtrat – dafür gesorgt, dass dieses Altstadtzentrum vom privaten Verkehr weitgehend entlastet ist und sich richtige Flaniermeilen entwickeln konnten. Es sind keinerlei Anzeichen oder Hinweise vorhanden, dass der Stadtrat seine diesbezügliche Politik neu ausrichten wird. Ihre Feststellung kann demzufolge wohl als rein rhetorisch eingeordnet werden.

Wir bitten Sie aber zu beachten, dass eine attraktive Stadt auch bei einem noch verbesserten Angebot des öffentlichen Verkehrs nicht ohne Parkhäuser und Parkplätze auskommt, sonst wird sie mittelfristig zur toten Stadt. Hier müssen wir mit Sorgfalt und Bedacht argumentieren und unsere Denkarbeit leisten, wenn wir verhindern wollen, dass dem so genannten Einkaufszentrum Altstadt nicht die Lebensader abgeschnitten wird. Der Detailhandel ist darauf angewiesen, dass er von seiner Kundschaft bei Bedarf auch mit dem PW, den er in vernünftiger Nähe zur Einkaufsmöglichkeit abstellen kann, erreicht werden kann. Das wissen wir alle. Ein weiterer Abbau der wenigen Parkplätze – zum Beispiel auf dem Kirchhofplatz – könnte sich daher fatal auswirken und zu weiteren Schliessungen von Geschäften führen. Hier stehen wir auch gegenüber den Gewerbetreibenden in einer erhöhten Pflicht. Wir werden uns bei Bedarf gegen einen Abbau zur Wehr setzen. Denn denken Sie daran: Jede weitere Schliessung eines Geschäftes ist mit einem Abbau von Arbeitsplätzen und einer Verminderung der von uns ja sehr geschätzten Qualität des Angebots eben dieser Fachgeschäfte in der Altstadt verbunden. Das muss verhindert werden. Bei entsprechenden Planungen und Absichten seitens des Stadtrates ist daher möglichst früh auch mit dem Gewerbeverband und der Pro City das Gespräch aufzunehmen.

Ich bitte Sie, Herr Stadtpräsident, Frau Stadträtin, Herren Stadträte, dies zu bedenken und zu beachten. „



**Lotti Winzeler (OeBS)****OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung**

„Ich möchte das Wort zur Motion betreffend Mobilitätsberatung für Unternehmen und Private ergreifen und nicht Stellung zu den Parkplätzen in der Stadt Schaffhausen nehmen; meiner Ansicht nach sollten diese Bereiche voneinander getrennt werden. Ein Teil der **OeBS/CVP/EVP-Fraktion** wäre auch bereit, diese Motion zu unterstützen. Wenn jetzt aber die Motion in ein Postulat umgewandelt wird, wird es sogar von unserer gesamten Fraktion unterstützt.“

Ich bin etwas verwirrt nach den verschiedenen Voten, einerseits von Dr. Raphaël Rohner, parallel dazu vom Stadtrat, wer, was und wo anbietet. Es zeigt mir, dass ich als aussenstehende Person über eine zentrale Anlaufstelle froh wäre. Es wurde heute Abend auch von einer Bündelung gesprochen, und es wäre schön, wenn Schaffhausen zusammen mit dem Kanton eine Stelle „SH mobil“ mit Angeboten wie im Kanton Aargau oder Solothurn aufbauen könnte.

Ich bin überzeugt, dass es keines sehr grossen Aufwandes bedarf, um diese Mobilitätsberatung oder dieses Mobilitätsmanagement aufzubauen. Synergien mit anderen Kantonen können genutzt werden. Wie bereits von Marianne Schwyn erwähnt, würde der Stadt Schaffhausen als Gold-zertifizierte Energiestadt ein Engagement in diesem Bereich sehr gut anstehen.“

**Josef Eugster (SVP)****SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung**

„Als ich diese Motion das erste Mal sah, dachte ich, was es nicht alles gibt, unglaublich. Nach allen Voten, die wir heute Abend gehört haben, bin ich nicht mehr sicher, ob diese Mobilitätsberatung für Private oder für die öffentliche Verwaltung ist oder für wen eigentlich? Man hat auch die Beratung von grösseren Firmen erwähnt. Die Mehrheit der grösseren Firmen sind bereits zertifiziert, das Umweltmanagement ist zum Beispiel bei uns oberstes Gebot. Es ist im Interesse jeden Unternehmers, überall dort, wo Einsparungen möglich sind, diese auch machen zu können, sei dies beim Papier, im Energiebereich oder beim Treibstoff. Wenn jemand dieses Umweltmanagement lebt, und es nicht nur ein Papiertiger ist, ist eine Optimierung der Mobilität sowieso oberstes Gebot. Ich kann es nur von unserem eigenen Betrieb sagen, wo jeder neue Mitarbeiter bei Eintritt darauf aufmerksam gemacht wird, in was für ein Unternehmen er eintritt und an welche Vorgaben er sich zu halten hat. Es ist immer wieder erstaunlich, wie sich unsere Angestellten in ihrem eigenen Interesse organisieren. Ob die öffentliche Hand noch einen Bonus ausrichten muss, damit ihre Angestellten auch bereit sind, danach zu leben, ist für mich mehr als fragwürdig.“

Die **SVP/JSVP/EDU-Fraktion** wird diese Motion nicht unterstützen. Das beste wäre eine Interpellation, wir haben darüber diskutiert.“

**Walter Hotz (FDP)****Votum**

„Es ist schon so, Marianne Schwyn, wenn wir nach Problemen suchen und keine finden, erfinden wir neue. Wir haben einen Stadtökologen, mittlerweile heisst dieses Büro nachhaltige Entwicklung und nicht mehr Stadtökologie. Die Stadt Schaffhausen hat ein Leitbild, das zwar vergriffen und nur noch als Kopie erhältlich ist. Unter dem Titel Umwelt, Verkehr und Energie steht Folgendes:

*Grüne Lebensräume, stadtgerechter Verkehr:*

- *Die Stadt Schaffhausen erhält, fördert und vernetzt wertvolle Lebensräume und landschaftsprägende Elemente.*

- *Die Stadt Schaffhausen strebt einen stadtgerechten Verkehr, einen erhöhten Anteil des öffentlichen Verkehrs sowie gute Angebote für Fussgänger und Radfahrer an.*
- *Die Stadt Schaffhausen setzt sich für einen Ausbau der Verkehrsanbindung an das übergeordnete Schienen- und Strassennetz ein.*
- *Die Stadt Schaffhausen bekennt sich zu einer umweltschonenden und selbstbestimmten Energiepolitik mit einem sicheren und zukunftsfähigen Energieangebot.*

Wir brauchen nicht noch eine Stelle, die Private berät. Wenn diese Mobilitätsberatung so dringend nötig ist, geben Sie einen Auftrag an den Stadtökologen; es muss nichts Neues erfunden werden. Die Menschen wollen wissen, ob sie in Zukunft ihren Arbeitsplatz erhalten können und wir Unternehmer wollen wissen, ob wir in Zukunft noch Aufträge haben. Dies sollte in diesem Rat beraten werden und wäre wichtig. “

### **Ernst Spengler (SVP)**

### **Votum**

”Wenn ich auf die Uhr schaue, stelle ich fest, dass wir heute Abend den grössten Teil der Sitzungszeit mit Vorstössen verplappert haben, die offene Türen einrennen - von Effizienz weit und breit keine Spur - und dies bei erhöhtem Sitzungsgeld. Das geht also auf keine Kuhhaut. “

### **SR Peter Kämpfer**

### **Stellungnahme**

”Meine Stellungnahme wird kurz sein, um das Sitzungsgeld nicht noch mehr zu strapazieren. Walter Hotz hat auf das bereits vergriffene Leitbild hingewiesen, und es freut mich, dass es immer noch aktuell ist. Ein Leitbild sind schöne Worte, es geht jetzt darum, Massnahmen umzusetzen. Im Agglomerationsprogramm ist die Massnahme für das Mobilitätsmanagement enthalten, das habe ich bereits geschildert. Daraus erfolgte auch der Auftrag an unsere Stellen, gemeinsam mit dem Kanton, das Mobilitätsmanagement zu entwickeln. Die VBSH soll - gemäss den Ausführungen von Dr. Raphaël Rohner - diesen Auftrag übernehmen. Es handelt sich nicht nur um den öffentlichen Verkehr, sondern um eine ganzheitliche Beratung, beispielsweise um ein Kleinbuskonzept für ein Unternehmen oder Fuss- und Velowege. Die öffentliche Hand hat auch eine Vorbildfunktion, wir können nicht von privaten Unternehmen verlangen, ihre Mobilität im Alleingang zu organisieren.

Ich möchte Sie an dieser Stelle darum bitten, mit dem Ammenmärchen des Parkplatzabbaus aufzuhören; der Stadtrat baut keine Parkplätze ab. Wir können jederzeit belegen, dass wir in der Stadt mehr öffentliche Parkplätze haben. Wenn ein neues Parkhaus gebaut wird, ist gemäss Parkraumpolitik festgelegt, dass ein Teil der Parkplätze von öffentlichen Parkplätzen in das Parkhaus verschoben wird. Am runden Tisch wird darüber diskutiert, und daran hat sich der Stadtrat auch gehalten. *Netto* existieren mehr Parkplätze, auch wenn ein Teil davon verschoben, aber nicht aufgehoben wurde. An dieser Politik wird auch weiterhin festgehalten. Es ist ein neues Parkhaus an der Bachstrasse in der Pipeline mit 110 Parkplätzen, die der Altstadt zugute kommen. Weitere Projekte im Bereich Bleiche (500 Parkplätze) und Diana (140 Parkplätze) sind in Planung. Das Parkplatzangebot in der Altstadt wird in keiner Weise geschmälert. Bitte nehmen Sie davon Kenntnis. “

**Marianne Schwyn (SP)**

**Schlusswort**

„Vielen Dank für die Wortmeldungen. Ich habe zwar gedacht, dass wir heute über diese Motion sprechen und weniger über das Postulat von Dr. Raphaël Rohner und über Parkplätze, obwohl ich Ihnen gerne von meiner Vision erzählen möchte: Ich dachte ursprünglich, dass eines Tages, wenn ich zum Zivilstandsamt schreite, dieser Platz so frei von Autos ist, dass der Apéro dort draussen organisiert werden könnte. Dies wird leider nicht der Fall sein.

Ich möchte auf den Vorschlag von SR Peter Käppler, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, zurückkommen und bin gerne bereit, diesen anzunehmen. Die Einladung zur Umwandlung in eine Interpellation von Dr. Raphaël Rohner werde ich deshalb nicht annehmen.

Der Wortlaut des Postulats sollte wie folgt lauten:

*„Der Stadtrat wird eingeladen, koordiniert mit dem Kanton, die im Bereich Mobilitätsmanagement geplanten Massnahmen im Sinne des Massnahmenplans Lufthygiene und des Agglomerationsprogramms umzusetzen und darüber Bericht zu erstatten.“*

**ABSTIMMUNG**

Der Grosse Stadtrat erklärt das im Wortlaut abgeänderte Postulat mit 17:13 Stimmen nicht erheblich.

**Das Geschäft ist erledigt.**

**Traktandum 4      Postulat Simon Stocker (AL): Kulturpolitik mit Konzept**

---

**Simon Stocker (AL)**

**Begründung**

„Heute scheint der grosse Abend der Leitbilder zu sein. Das Leitbild wurde in jedem Vorstoss erwähnt und das corpus delicti ist übrigens hier - ich habe die dumpfe Ahnung, dass die wenigsten von Ihnen das Postulat genau durchgelesen haben; es liegt deshalb hier vorne nochmals auf. Ich möchte SR Peter Käppler gratulieren; er hat mein Postulat in einem Satz begründet: Leitbilder sind schöne Worte, aber man muss auch etwas umsetzen. Das ist das Motto meines Postulats.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um dem Stadtpräsidenten und der Abteilung Kultur für ihr Engagement zu danken. Ich bin durchaus der Meinung, dass die geleistete Arbeit – der Output sozusagen – von sehr guter Qualität ist. Stadtpräsident Thomas Feurer wird uns nachher bestimmt eine ausgiebige Aufzählung von Aktivitäten präsentieren, um diese gute Arbeit zu unterstreichen.

Was ist das Ziel meines Vorstosses?

- Ich möchte, dass die Städtische Kulturpolitik und damit die Arbeit des Kulturbeauftragten und die Steuerung der Finanzen, welche in diesem Bereich ausgegeben werden, ein besseres Werkzeug erhalten.
- Ich möchte, dass das kulturelle Angebot ein Aushängeschild für die Stadt wird und zu einem Standortvorteil beim Wettbewerb um Neuansiedlungen. Neben hard facts wie Steuerhöhe sind auch soft facts sehr wichtig.

- Und ich möchte, dass unser Kultur-Leitbild kein geschriebenes Wort bleibt. Neben den guten und richtigen Zielen müssen eben auch geeignete Massnahmen, Zeitangaben und Zuständigkeiten definiert werden. Nur so kann garantiert werden, dass eine effektive Umsetzung stattfindet.

Ausgangslage:

Für Stadttheater, Kulturbeauftragten und Kulturfördermittel gibt die Stadt Schaffhausen jährlich Fr. 3 Mio. aus, wobei das Stadttheater einen Grossteil durch Zuschauereinnahmen wieder generiert. Die Stadt hat einen Kulturbeauftragten, der für die Programm-Gestaltung des Stadttheaters zuständig ist und der die Städtische Kultur in grossen Bereichen gestaltet. Eine Position übrigens, die meines Erachtens, geradezu prädestiniert ist, um das Kultur-Leitbild umzusetzen. Zudem existiert eine Kulturkommission, welche den Stadtrat berät und aus verschiedenen Sparten der Kultur zusammengesetzt ist. Und zu guter Letzt: Die Stadt Schaffhausen hat im Jahr 2001 eben dieses Kulturleitbild erstellt.

Den Rahmen für eine gute Kulturpolitik ist gegeben: Mit einem Budget von Fr. 3 Mio., einem Kulturbeauftragten als ausführendes Organ und einer beratenden Kulturkommission. Die Frage lautet nun, ob wir mit dem Kulturleitbild ein geeignetes Mittel besitzen, um den Inhalt für diesen Rahmen zu bestimmen. Diese Frage muss ich leider mit Nein beantworten.

Folgende Ziele sind im Kulturleitbild formuliert:

- Reichtum und Vielfalt der kulturellen Möglichkeiten im Bewusstsein der Bevölkerung verankern.
- Impulse zu einem intensiven kulturellen Engagement vermitteln.
- Lebensqualität im Raum Schaffhausen steigern.
- Offenheit, Interesse und Toleranz über die Grenzen der Region und der Kulturen wecken und fördern.

Diese Sätze tönen schön und gehören auch ins Leitbild, wo aber auch eine Aufzählung von Massnahmen aufgelistet ist.

Zudem besteht eine Aufzählung von Massnahmen (Zitat): *"... eine Realisierung innerhalb der folgenden vier Jahre – also 2001 bis 2004 – vorsieht."* Zu den Massnahmen gehören zum Beispiel:

- Kulturagenda
- Veranstaltungskalender
- Kulturwerkräume
- Kriterienkatalog für Gesuche
- Eine Schaffhauser Kulturwoche
- Schaffung eines Schaffhauser Kultur-Preises
- Bessere Zusammenarbeit zwischen Kanton und Stadt bei Leistungsvereinbarungen

Ich darf vor allem die Herren und Damen Grossstadträte, welche letzten Dienstag am Treffen der Fraktionen mit dem Stadtrat teilgenommen haben, daran erinnern. Leitziele und eine Aufzählung von möglichen Massnahmen sind das eine, die *Umsetzung* das andere. Damit ein Leitbild auch umgesetzt werden kann, braucht es einen Massnahmenplan, der aus drei Teilen besteht:

- Geeignete messbare Massnahmen
- Konkreter Zeitrahmen
- Bezeichnung von Zuständigkeiten (Kulturbeauftragter, Kulturkommission)

Und genau das verlange ich vom Stadtrat und werde meine Forderung wie folgt in meinem Postulat formulieren:

*Der Stadtrat wird aufgefordert zu dem seit 2001 bestehenden Kulturleitbild einen Massnahmenplan auszuarbeiten. Darin enthalten sind adäquate Massnahmen, Zuständigkeiten und Zeitangaben.*

Ich sehe in meinen Vorstoss eine Chance und ein geeignetes Werkzeug, um die Kulturpolitik besser zu steuern und hoffe, Sie folgen meinen Ausführungen und stimmen dem Postulat zu. “

### **SR Thomas Feurer**

### **Stellungnahme**

“Wir machen keine *Kultur* in dieser Stadt - die *Stadt* macht keine Kultur; das ist eine bewusste Haltung des Stadtrates, ausser beim Museum, unserer eigentlichen Schatzkammer, wo wir ein eigenes Programm auf die Beine gestellt haben und im Stadttheater, wo wir Leistungen einkaufen. Wir streben *Partnerschaften* an, die wir mit optimalen Rahmenbedingungen versehen wollen. Wenn gute Projekte entstehen, wie beispielsweise die Kultur im Chäller von Simon Stocker, sind wir durchaus bereit, Unterstützung zu leisten.

Es ist wichtig zu wissen, dass der Stadtrat nicht mit Massnahmen und Zeitplänen eine Kultur kreieren will, sondern gute Rahmenbedingungen in Form von Infrastruktur und von finanziellen Mitteln für Kulturschaffende, die in völliger Freiheit bezüglich Inhalte arbeiten können, schaffen. Das ist unser Konzept, welches in den letzten Jahren zu einem Aufbruch geführt hat, zu dem ich nicht mir, sondern in erster Linie den Kulturschaffenden ganz herzlich gratuliere und bei denen ich mich bedanken möchte.

Der Stadtrat dankt Grosstadtrat Simon Stocker für sein Postulat vom 18. September 2008. Dieses gibt uns Gelegenheit, dem grossen Stadtrat und der Öffentlichkeit wieder einmal eine aktuelle Sicht auf die Schaffhauser Kulturpolitik zu werfen.

Zuerst eine kleine Rückblende: Am 14. September 1999 verabschiedete der Grosse Stadtrat einstimmig den Antrag des Stadtrates über die Neuausrichtung der städtischen Kulturpolitik mit folgenden Prämissen:

- Schaffung eines Kulturrates (seit 2005 Kulturkommission) als Konsultativorgan des Stadtrates. Das war vor allem eine Demokratisierung der Institution, vorher waren verschiedene Stellen in der Stadt Ansprechpartner, wie zum Beispiel der Stadtschreiber oder der Personalchef, und es mangelte an Transparenz.
- Zusammenschluss der operativen Aufgaben unter der Verantwortung des damaligen Kulturreferenten.
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit der kantonalen Kulturförderung, die damals ebenfalls neu professionalisiert und an einem Ort angesiedelt worden war (Stadtarchivar). Die Stadt benannte gleichzeitig den Leiter des Stadttheaters als ihren Kulturbeauftragten.

In der Folge erarbeitete der damalige Kulturrat das Leitbild zur städtischen Kulturpolitik KulturRaumSchaffhausen, welches 2001 publiziert wurde und auch heute noch - mit kleinen Einschränkungen - seine Gültigkeit hat. Die Einschränkungen beziehen sich auf Momente, wie sie von Simon Stocker ebenfalls geschildert wurden; zum Beispiel die Kulturwoche, die damals einzelne Mitglieder des damaligen Kulturrates unter dem Titel "World Music am Rhein" organisieren wollten; aber niemand hat die Initiative ergriffen. Es ist nicht Sache der Stadt, die Initiative zu ergreifen. Unter diesem Titel sind auch Veranstaltungen, die nicht oder noch nicht umgesetzt wurden, erklärbar.

Der Stadtrat ist überzeugt, dass sich die im Leitbild formulierten Zielsetzungen der Kulturförderung bewährten und weiterhin Gültigkeit haben sollen. Zu den Zielsetzungen gehören unter anderem - und hier müssten vor allem Kulturschaffende hinhören:

- Verankerung der Vielfalt von kulturellen Betätigungsmöglichkeiten in der Region im Bewusstsein der Bevölkerung verankern.
- Vermitteln von Impulsen zu einem kreativen Engagement von interessierten Kulturschaffenden.
- Steigerung der Lebensqualität im Raum Schaffhausen durch den kulturellen Reichtum.
- Wecken von Offenheit und Interesse gegenüber den kulturellen Leistungen in der Region Schaffhausen auch über ihre Grenzen hinaus.

Wenn ich mich an die vielen Neuzuzüger-Veranstaltungen erinnere, die ich bereits besucht habe, höre ich immer wieder von Personen, die zum Beispiel aus der Region Zürich oder aus der Innerschweiz nach Schaffhausen kommen, dass sie dies vor allem aus zwei Gründen machen, und zwar wegen des öffentlichen Verkehrs und des attraktiven Kulturangebotes - und weder wegen des Steuerfusses, noch wegen der Verkehrsanbindung an Zürich auf Schiene oder Strasse.

Ausgehend von dieser strategischen Zielsetzung unter dem Titel KulturRaumSchaffhausen, gelang - in enger Zusammenarbeit zwischen dem städtischen Kulturreferat und dem kantonalen Erziehungsdepartement, wohl eine der ersten wirklich funktionierenden Kooperationen zwischen Stadt und Kanton und zur Nachahmung empfohlen - der Aufbau einer eigentlichen kulturellen Förderstruktur für die Stadt und den Kanton Schaffhausen mit folgenden Bausteinen:

- Einzelgesuche (ausgewiesen in Budget und Rechnung)
- Leistungsvereinbarungen sowie Förderbeiträge
- Atelierstipendien für einen Aufenthalt in Berlin (nur Kanton), wovon aber oft auch StadtschaffhauserInnen profitieren können.

Die städtischen Mittel entsprachen dabei in der Summe etwa den damaligen, auf verschiedenen Konten verteilten Beiträgen; dazu kamen zur Konsolidierung die Beiträge des Kantons. Das Kulturleben erhielt mit seiner Konzentration und Ausstrahlung eine sehr gute Position bei den Sponsoren und Stiftungen - auch bei der Gründung von Stiftungen - und diese Entwicklung spürt man sehr gut.

Die schriftliche Basis für die praktische Zusammenarbeit mit den grösseren Kulturanbietern bildet der Leitfaden zu den Leistungsvereinbarungen vom Februar 2003. Dieses Grundmuster wurde auch in anderen Städten und Kantonen verteilt

und hat damit über Schaffhausen hinaus Aufmerksamkeit erreicht; unlängst wurde es sogar von den deutschen Kulturämtern in Krefeld und Memmingen angefordert, weil damit ein nachvollziehbarer und verbindlicher Rahmen für die Subventionsgeber und für die Kulturanbieter geschaffen wurde, bei der gleichzeitig die künstlerische Freiheit garantiert wird. Auch im Sportbereich habe sich Interessierte die Grundlagen für Leistungsvereinbarungen beschafft, weil damit transparente Verhältnisse hergestellt werden können.

So existieren im Moment auf partnerschaftlicher Basis zehn Leistungsvereinbarungen mit klar vereinbarten Spielregeln mit folgenden Gruppen:

1. Verein Theater Sgaramusch
2. Verein Vebikus
3. Verein KIK Kultur im Kammgarn
4. Jugendclub MoMoll
5. Verein Schauwerk
6. Verein Sommertheater
7. Verein Schaffhauser Jazzfestival
8. Tanztheater Kumpane
9. Musik-Collegium Schaffhausen MCS
10. Verein Kultur im Chäller

Selbstverständlich orientieren sich auch die Leistungsvereinbarungen zwischen Stadt und Kanton für die drei städtischen Institutionen Stadttheater, Museum zu Allerheiligen und Bibliotheken an dieser Basisvereinbarung und sind kürzlich bis 2011 verlängert worden.

Die Stadt hat mit dieser Aufstellung - die Leistungsvereinbarungen wurden regelmässig der GPK zur Kenntnis gebracht - eine transparente Ausgangslage geschaffen, und ich bin überzeugt, dass dieser Ansatz auf der kulturschaffenden Seite sehr geschätzt wird.

Das Kulturreferat achtet zusammen mit dem Kanton darauf, dass die Massnahmen nicht - wie früher - in die Autonomie des Kulturschaffenden eingreifen, sondern die Aufgabe haben, zu einem kreativen Klima beizutragen, in dem sich die Leistungen von Einzelnen, Organisationen und Institutionen frei entfalten können. In unserer Stadt und unserer Region wird damit seit Jahren ein attraktives und vielfältiges Angebot an kulturellen Leistungen und Veranstaltungen geboten, und ein Blick auf die reichhaltige Kulturagenda 2009/10 bestätigt diesen Eindruck. Sie können sich auf Nordagenda oder auf anderen Veranstaltungsplattformen darüber ins Bild setzen.

Mit all diesen Zielen und Massnahmen entspricht der Stadtrat aus seiner Sicht bereits der Forderung der Postulanten, indem sie formulieren:

*Der Stadtrat wird beauftragt, ein griffiges Kultur-Leitbild zu erarbeiten, welches die wichtigsten Ziele, neue Ideen und vor allem geeignete Massnahmen für eine attraktive Kulturpolitik festhält.*

Ich bin sicher, dass der nötige Boden für dieses kulturelle Eigenleben bereits geschaffen ist. Ebenfalls glaube ich, dass niemals alles gefördert und unterstützt werden kann. Wichtig ist deshalb eine offene Kommunikation zwischen den Kulturschaffenden, der Kulturkommission und dem Kulturreferat. Dazu gehört auch die Begründung allfälliger unpopulärer, beziehungsweise negativer Entscheide. Das

ist auch der nach kulturellen Sparten zusammengesetzten Kulturkommission bewusst, die - auf der Basis ihres Pflichtenheftes - immer wieder Impulse für die konzeptionelle Kulturarbeit setzt. Sie versteht sich als Informationsplattform - wie wir von Simon Stocker gehört haben - und hält den Kontakt zu den Kulturschaffenden und Kulturveranstaltern aufrecht. Im Moment wird in der Kulturkommission die Berufung einer Bandvertretung diskutiert, die aufgrund des grossen Potenzials sicher berechtigt wäre. Ich bin auch dafür, weil Bands eine wichtige Rolle spielen und wahrscheinlich durch das Gewicht auf klassische Musik nicht genügend vertreten sind.

Wir sind aber überzeugt, dass vor allem die Netzwerke gefördert werden müssen und es keiner weiteren Struktur bedarf. Um die Leitplanken in Erinnerung zu rufen, erlaube ich mir, die Elemente, die in der Kulturpolitik zur Verfügung stehen, nochmals zusammenzufassen:

- Kulturkommission
- Leitbild KulturRaumSchaffhausen
- Leitfaden Leistungsvereinbarungen
- Leistungsvereinbarungen
- Kriterienkatalog für Einzelgesuche (abrufbar im Internet)
- Richtlinien für Förderbeiträge und Atelierstipendien
- Kulturbrief (Nr. 6 2008 lag kürzlich bei Ihnen auf den Pulten)
- Alljährlicher Kulturtreff im Kammgarn

Zum Schluss erlaube ich mir noch ein paar persönliche Bemerkungen. Die Kultur ist bereits jetzt der wahrscheinlich der beststrukturierte Bereich zwischen öffentlichen und privaten Akteuren. Und trotzdem, Papiere sind geduldig und duldsam; griffig sind aber schlussendlich die persönlichen Efforts und die partnerschaftlichen Projekte. Ein neues Kulturleitbild drängt sich wegen der bestehenden Transparenz und dem Erfolg, der sich in den grossen Publikumszahlen und der kulturellen Vielfalt eindrücklich manifestiert, aus unserer Sicht nicht auf.

Der Stadtrat nutzt aber die Gelegenheit gerne und dankt den Kulturschaffenden und den Kulturveranstaltern ausdrücklich für ihre spannenden Beiträge zu Gunsten des städtischen Kulturlebens. Der Stadtrat ist dankbar für die vielen positiven Rückmeldungen, die er in den letzten Jahren - in schriftlicher und mündlicher Form - von den Kulturschaffenden für seine transparente und liberale Kulturpolitik erhalten hat. Wir versprechen Ihnen, dass wir diesen Pfad der Tugend nicht verlassen werden und für Verbesserungen innerhalb unseres flexiblen Rahmens offen bleiben.

Der Stadtrat beantragt Ihnen daher, das Postulat im Sinne dieser Überlegungen nicht erheblich zu erklären. “

### **Thomas Hauser (FDP)**

### **FDP/JFSH-Fraktionserklärung**

”In der **FDP/JFSH-Fraktion** haben wir das Postulat Stocker intensiv diskutiert und sind zum Schluss gekommen, dass dieser Vorstoss unnötig ist - dass wir ihn ablehnen. Dies aus drei Gründen:

Die Stadt Schaffhausen kennt schon Leitbilder und Konzepte zur Förderung und Finanzierung der Kultur in den verschiedensten Bereichen. Zu diesen Leitbildern gibt es auch immer wieder Fragen und Anregungen aus dem Grossen Stadtrat, aus der



Bevölkerung durch Leserbriefe und durch in der Kultur Tätige selbst. Ich denke da an die Kleine Anfrage der jüngsten Vergangenheit von Christoph Lenz und Walter Hotz oder eben Meinungen von Lesern unserer Lokalzeitungen. Es braucht also nicht noch einmal ein Leitbild.

Die Kultur muss sich an sich selbst entwickeln und Bedürfnisse und Begehren wecken. Kultur und kulturelle Angebote sollten nicht per Postulat via Leitung von einem Parlament verlangt oder gefördert werden.

Wir haben mit dem überstrapazierten Begriff Leitbild Probleme. Das heisst nicht, dass wir mit dem Ausdruck Leitbild Mühe haben, aber mit der Leitbildinflation der letzten Jahre. Überall - in Verwaltungen, Betrieben, Schulen und sonstigen Institutionen - werden für meist teures Geld Leitbilder auf Hochglanzpapier erstellt und gedruckt, die dann irgendwann, meist ungelesen, in einer Schublade verschwinden.

Ich kann Ihnen an dieser Stelle einige vorlegen und Sie fragen, was darin steht und wer nach dem Leitbild handelt und lebt. Ich könnte sie auch fragen, was steht im Leitbild der Stadt Schaffhausen zum Thema Kultur? Es gibt auch noch ein zusätzliches Leitbild, den Massnahmenplan; ein Leitbild mit einer Kompassnadel, die nach Osten zeigt, sehr wirkungsvoll; das Leitbild der Kantonsschule Schaffhausen, das heisst Leitbilder in Hülle und Fülle und beim Nachfragen, ob jemand diese kenne, ist meistens nicht viel zu hören. Mir kommt es oft vor, als werden Leitbilder erstellt, um das Gewissen zu beruhigen - so unter dem Motto: Max Havelaar für Papiertiger oder ähnlich.

Zusammenfassend halte ich fest, dass aus unserer Sicht der Bereich Kultur und Kulturförderung in der Stadt Schaffhausen ausreichend definiert ist und dass man die bestehenden Konzepte - wenn nötig - erweitern oder auch kürzen kann. In diesem Bereich braucht es kein neues Leitbild.

Ich möchte abschliessend nicht die Kultur gegen den Sport ausspielen. Aber wenn in der Stadt Schaffhausen betreffend Konzepte und Leitbilder etwas fehlt, ist das im Bereich der Sportstätten oder der Sportangebote. Es wäre an der Zeit ein solches Konzept, wie es mit einem überwiesenen Vorstoss von Dr. Raphaël Rohner gefordert wurde, zu erstellen. In diesem Bereich besteht Handlungsbedarf, nicht bei der Kultur.

Wie bereits erwähnt, lehnen wir das Postulat ab. "

**Lotti Winzeler (OeBS)**

**OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung**

"Ob die **OeBS/CVP/EVP-Fraktion** das Postulat mit geändertem Wortlaut unterstützt, kann ich nicht sagen, weil gegenüber dem ursprünglichen Text grössere Veränderungen vorgenommen wurden, und wir dieses ursprüngliche Postulat nicht unterstützen wollten.

Beim Recherchieren und Verfassen meines Votums hat mir etwas gefehlt, nämlich, wie weit sind wir mit der Umsetzung dieses Leitbildes. Im Internet habe ich den SchaffhauserKulturBrief 2006 und 2007 gefunden, neue KulturBriefe sind nicht aufgeschaltet. Ich denke, man sollte die neuste Ausgabe Nr. 6 2008 ebenfalls im Internet publizieren. Meiner Meinung nach muss der KulturBrief vermehrt dazu genutzt werden, um den *aktuellen* Stand der Dinge - und wie weit ist die Umsetzung des Kulturleitbildes fortgeschritten und welche Massnahmen sind geplant -

festzuhalten, damit wir und auch die Bevölkerung entsprechend informiert sind. Ich bin mir noch nicht im Klaren darüber, ob ich dem Postulat zustimmen werden. “

### **Erwin Sutter (EDU)**

### **SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung**

”Leitbilder sind gefragt, aber per Definition kein Papier, das konkrete Ziele, Ideenkataloge und Massnahmenpläne enthält, sondern es sind zeitunabhängige Festlegungen, und diese haben wir bereits.

Massnahmenpläne und Ziele werden jährlich oder als Legislaturziele festgesetzt. Dafür haben wir einen Kulturreferenten, eine Kulturkommission und seit kurzem auch eine Fachkommission des Grossen Stadtrates für Kultur und ein Budgetbuch. Begehrlichkeiten und “nice-to-have” haben wir ebenfalls genug. Wenn es interessante Ideen für Kulturangebote gibt, appelliere ich an die Eigeninitiative jedes Einzelnen oder einer Kulturgemeinschaft.

Ein weiteres Leitbild ist nicht notwendig. Die **SVP/JSVP/EDU-Fraktion** empfiehlt Ihnen deshalb eine Ablehnung des Postulats - oder allenfalls eine Umwandlung in eine Interpellation. “

### **Christine Thommen (FDP)**

### **Votum**

”Ich feiere heute meine Premiere am Rednerpult und hoffe, dass diese mir einigermaßen gelingt. Um auch noch eine etwas andere Sicht einzubringen, habe ich mich entschlossen, einige Bemerkungen anzubringen.

Vor jetzt bald sieben Jahren bin ich von Basel und damit von einer kulturelle Hochburg (die sich momentan grad im Fasnachtstaumel befindet) nach Schaffhausen gekommen. Als kulturell in alle Richtungen offener und interessierter Mensch nahm ich auch hier kulturelle Ermittlungen auf und war vom Ermittlungsergebnis, das sich mir präsentierte, sehr positiv überrascht. Dass eine doch eher kleine Stadt wie Schaffhausen kulturell so Vieles und Vielfältiges zu bieten hat, hat mich hoch erfreut und erfreut mich noch immer hoch. Und wenn ich heute so oft gefragt werde, was mich in Schaffhausen hält, so ist das nicht zuletzt das kulturelle Leben dieser Stadt.

Für mich ist klar: Das bestehende kulturelle Angebot gehört zu den Stärken der Stadt Schaffhausen; und darum ist ein breites kulturelles Angebot zu befürworten und zu unterstützen. Es ist wohl unbestritten, dass Kultur ein wichtiger Standortfaktor ist. Sie trägt zur Erhaltung und Stärkung der städtischen Identität, zur Positionierung und Ausstrahlung der Stadt und damit zur Attraktivität für Firmen und Private bei.

Ebenfalls zu begrüssen ist meines Erachten ein Kulturleitbild, wie es bereits vorliegt. Es ist eine Grundlage, um die vorhandene kulturelle Vielfalt zu gewährleisten, und es wird damit Transparenz geschaffen, die insbesondere für den politischen Ablauf mit der Zusprechung öffentlicher Finanzen unabdingbar ist.

Schwäche des aktuellen Leitbildes: Es hält zwar fest, dass es stetig weiterentwickelt werden soll, aber nicht, durch wen und in welchen zeitlichen Dimensionen. So ist nun unter dem Kapitel *Realisierung* zu lesen, dass die Realisierung des 2001 veröffentlichten Kulturkonzeptes innerhalb der folgenden vier Jahre vorgesehen ist. Diese vier Jahre sind vergangen, und dementsprechend ist das Leitbild, wie es bereits mehrfach festgestellt wurde, veraltet.

Konsequenz aus dieser unbestreitbaren Tatsache kann nur sein, dass mit diesem Leitbild etwas gemacht wird - dass es zwar nicht neu kreiert, aber überarbeitet und den aktuellen Begebenheiten angepasst wird. Im Zuge dessen muss darin auch festgehalten werden, wer in Zukunft das Leitbild wann überprüft, damit es nicht mehr veraltet, und es keine solchen politischen Vorstösse mehr braucht. Zudem sei mir die Bemerkung erlaubt, dass es mich sehr erstaunt hat, dass das Leitbild nicht auffindbar ist. Es ist beim Internet-Auftritt der Stadt nicht einmal erwähnt und kann nirgends heruntergeladen werden. Auch das muss geändert werden.

Es kann doch nicht sein, dass eine kulturell hochstehende Stadt ein Kulturleitbild hat, das *erstens* kaum auffindbar ist und *zweitens*, sofern man es auftreiben kann, man meint, ein Altes erwischt zu haben, und dann jedoch herausfinden muss, dass es das aktuelle ist, welches leider veraltet ist. Wenn oft gesagt wird, Leitbilder würden für die Schublade produziert. Bei quasi nicht veröffentlichten, beziehungsweise nicht zugänglichen und zudem noch veralteten Leitbildern verwundert dies nicht.

Fazit: Einem im Sinne dieser Erläuterungen abgeänderten Postulatstext könnte ich zustimmen. "

### **Dr. Raphaël Rohner (FDP)**

### **Votum**

"Jetzt haben wir aus berufenem Mund - sozusagen aus dem Basler Kultur-Daig - gehört, dass wir eine Kulturstadt seien. Wir sind auch tatsächlich eine Kulturschaft. Heute Abend wurde oft von Labels gesprochen; wenn wir eines verdienen, dann ist es sicher dieses, ein grosser Verdienst unseres Stadtpräsidenten, dem ein grosser Dank gebührt; selbstverständlich sei Rolf C. Müller ebenfalls gedankt, der als Kulturbeauftragter bei der Umsetzung federführend dabei ist - eine Umsetzung, die, wie von Thomas Feurer darauf hingewiesen, in bewährter Partnerschaft mit dem Kanton stattfindet und darauf setzt, dass man selbst aktiv und private Initiative gefördert und honoriert wird. Das ist auch die Grundlage dieses breit gefächerten und umfassenden kulturellen Angebotes, das für jede Frau und jeden Mann etwas bietet. Das ist einmalig; ich selbst bin ein durchaus kulturinteressierter Mensch, der auch Kultur in anderen Städten konsumiert, und im Vergleich mit Städten einer ähnlichen Grössenordnung stehen wir an der Spitze. Umsichtige Planung und Umsetzung in den letzten Jahren sind sichergestellt; Stadtpräsident Thomas Feurer möchte das Postulat nicht überweisen und unsere Fraktion hat sich diesbezüglich bereits geäussert.

Anlässlich der heutigen Beratung habe ich festgestellt, dass etwas in Bewegung kommt; es wurde nicht nur die Schublade geöffnet und das Leitbild herausgenommen, es wurde auch gelesen, was darin steht und Simon Stocker wäre bereit, den eng formulierten Postulatstext offener zu formulieren. Das Postulat ist gemäss GO kein Auftrag, sondern soll dem Stadtrat Gelegenheit zur Berichterstattung geben.

Wenn wir das alte Leitbild studieren, wäre eine Fortschreibung sinnvoll und würde uns Älteren gut anstehen, junge und engagierte Leute, die sich selbst aktiv in der Kultur betätigen, im Sinne des Zeichens eines good wills zu unterstützen. Ich könnte mir folgende Textanpassung vorstellen:

*Der Stadtrat wird beauftragt, eine Ergänzung des Kulturleitbildes im Sinne einer Fortschreibung zu prüfen. Dabei soll insbesondere eine Bereinigung und Ergänzung der darin formulierten Empfehlungen mit Umsetzungsmassnahmen vorgenommen*

*werden.*

Wir würden alle das Gesicht nicht verlieren, wenn wir uns damit einverstanden erklären; dieser Text umfasst die geäusserten Wünsche, würde aber auch zum Ausdruck bringen, dass wir die stadträtliche Politik unterstützen, eine Politik, die in bewährter Partnerschaft mit dem Kanton entwickelt und jetzt weiterentwickelt werden soll. Diesen Vorschlag könnte ich Ihnen im Sinne eines kulturellen Brückenschlags Simon Stocker unterbreiten.

Damit könnten wir eine gewisse Flexibilität zeigen, jedoch nicht in die Strategie des Stadtrates eingreifen, sondern sinnvoll unterstützen. “

**SR Thomas Feurer**

**Stellungnahme**

”Ich möchte auf die vor allem von Thomas Hauser in Frage gestellten Leitbilder zurückkommen, welche von Erwin Sutter in seinem Votum berichtigt wurden. Ein Leitbild (mit t und nicht mit d geschrieben) kann durchaus ein wichtiges Papier sein, vor allem bezüglich Entstehung. Ich habe selten derart identitätsstiftende Prozesse erlebt - übrigens auch in privaten Firmen - wie das Erarbeiten von Leitbildern, und deshalb möchte ich dem Leitbild an dieser Stelle noch Sukkurs geben. Wir werden in der Kulturkommission das Thema aufnehmen.

Betreffend Internetauftritt möchte ich ein mea culpa für unser nicht sehr professionelles Erscheinen anfügen. Es ist ein entsprechendes Projekt unterwegs. Wenn Sie zuhause im Internet nachfassen, werden Sie mit Sicherheit weitere Bereiche finden, wo man uns bezüglich Aktualität des Internets das Fell über die Ohren ziehen könnte. Wir streuen Asche auf unser Haupt und werden dieses Problem in nächster Zeit angehen. “

**Simon Stocker (AL)**

**Schlusswort**

”Vielen Dank und ein grosses Kompliment an den Rat für die vielen konstruktiven Wortmeldungen. Das Postulat entstand nicht aus heiterem Himmel oder aus Langeweile, es hat eine Geschichte.

Seit 10 Jahren organisiere ich Konzerte, vor 5 Jahre habe ich das Projekt Jugendkeller gestartet - eine gute private Initiative mit einer erfreulichen Zusammenarbeit mit der Stadt. Trotzdem habe ich in dieser Zeit auch vieles erlebt, das weniger erfreulich war und wo ich Kritik anbrachte, die ich nach meiner Wahl in den Grossen Stadtrat mit persönlichen Vorstössen auch offen formuliert habe. Die Diskussion heute Abend über das Postulat bringt weniger gut Funktionierendes auf den Tisch, und wir können gemeinsam darüber sprechen. Den von Dr. Raphaël Rohner vorgeschlagenen Brückenschlag mit dem neu formulierten Postulatstext kann ich in diesem Sinne nur begrüssen und unterstützen:

*Der Stadtrat wird beauftragt, eine Ergänzung des Kulturleitbildes im Sinne einer Fortschreibung zu prüfen. Dabei soll insbesondere eine Bereinigung und Ergänzung der darin formulierten Empfehlungen mit Umsetzungsmassnahmen vorgenommen werden.*

Diese Formulierung gibt dem Stadtrat die nötige Freiheit und gleichzeitig wird in diesem Bereich endlich etwas unternommen. “

**Martin Egger (FDP)**

**Votum**

”Stadtpräsident Thomas Feurer hat gesagt, es sei ein Konzept und kein Leitbild. Ich weiss effektiv nicht mehr, wovon wir eigentlich sprechen und über was wir abstimmen.“

**Simon Stocker (AL)**

**Votum**

”Es ist tatsächlich so, dass nirgends das Wort Kulturleitbild erwähnt ist. Ich als Kulturschaffender verstehe es als *Leitbild*, weil darin Ziele und Massnahmen darin enthalten sind. Persönlich verstehe ich das vom Stadtrat erstellte Konzept als Leitbild.“

**Stadtpräsident Thomas Feurer** fügt ergänzend hinzu, dass seine Form von Leitbild eigentlich immer auf einer Seite Platz habe; es müsse eigentlich von einem Konzept gesprochen werden.

**ABSTIMMUNG**

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat - unter Berücksichtigung der angepassten Formulierung - mit 15 : 14 Stimmen nicht erheblich.

**Das Geschäft ist erledigt.**

**SCHLUSSWORT**

Die nächste Ratssitzung vom Dienstag, 17. März 2009, fällt mangels verhandlungsbereiter Geschäfte aus.

**Die nächste Ratssitzung findet am Dienstag, 31. März 2009, um 18.00 Uhr, statt.**

Die **Ratspräsidentin** beendet die Sitzung um 20:49 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt